

## Bad Kreuznach unter französischer Besatzung 1918-1930



Bürgermeister Dr.  
Hans Koernicke[Bild:  
Stadtarchiv Bad  
Kreuznach, NL-KoeH-  
F-0011]

Infolge der Novemberrevolution 1918 in Kiel kam es zu einer „völligen Umwälzung der innenpolitischen Zustände“.[Anm. 1] In Kreuznach übernahm am 9. November 1918 der neu gegründete Arbeiter- und Soldatenrat als „oberste Behörde des Kreises Kreuznach“ die Macht.[Anm. 2] Nach einigen „Bewegungen des Aufruhrs“ sorgte er für die Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe und Ordnung und es kam zur Gründung einer Bürgerwehr.[Anm. 3]

Währenddessen wurde seit dem 8. November im Wald von Compiègne ein Waffenstillstand verhandelt und am 11. November 1918 abgeschlossen. Daraufhin setzte der Rückmarsch der deutschen Truppen aus den von ihnen besetzten Gebieten ein. Dr. Hans Koernicke (1875-1956), Bürgermeister der Kur- und Badestadt Kreuznach, schrieb vor diesem Hintergrund am 12. November seiner Mutter: „Und nun segeln wir hier auch friedlich in den Zukunftsstaat hinein und werden hoffentlich auch weiterhin Ruhe hier behalten“.[Anm. 4]

### **Waffenstillstandsabkommen**

Im Waffenstillstandsabkommen waren durch die Alliierten die wesentlichen Punkte der Rheinlandbesetzung formuliert: Räumung des linksrheinischen Gebietes durch die deutsche Armee, Arbeit der örtlichen Behörden unter Aufsicht der Besatzungstruppen, die Besetzung durch Garnisonen, welche die wichtigsten Rheinübergänge Mainz, Köln und Koblenz sowie je einen Brückenkopf von 30 km Durchmesser auf dem rechten Rheinufer kontrollieren, Einrichtung einer neutralen 10 km Zone auf dem rechten Rheinufer und der Unterhalt der Besatzungstruppen auf Kosten der deutschen Regierung.

### **Rückzug der deutschen Truppen**

Die Fotopionierin Cornelia „Nelli“ Schmithals (1880-1975) hielt das Rückzugsgeschehen mit der Kamera in ihrer Heimatstadt Kreuznach fest.[Anm. 5] Ein Tross aus Menschen, Tieren, Wagen und militärischem Gerät, der sich vorbei an geschmückten Gebäuden durch Kreuznach wälzte, bestaunt von Zuschauern, die diesem mehrtägigen Ereignis beiwohnten.[Anm. 6] Der Autodidaktin gelang es, stadtgeschichtlich bedeutsame Szenen fotografisch einzufangen. Darunter solche, die die Stimmungslage nach dem Wechsel von der Monarchie zur Republik in Kreuznach dokumentieren, wobei die Interaktion zwischen Bevölkerung, rückkehrenden Soldaten und Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrates um die wiederholte Hissung und Entfernung der roten Fahne am Stadthaus hervorsteicht, die sich in der Berichterstattung der lokalen und überregionalen Presse und in der unterschiedlichen Beschreibung der Ereignisse widerspiegelt. Bürgermeister Dr. Koernicke bemerkte in einem privaten Schreiben in Reaktion auf einen Presseartikel, in dem das Ereignis als „Kundgebung gegen die sozialistische Herrschaft in Kreuznach“ und „gegenrevolutionären Ausschreitungen“[Anm. 7] bezeichnet wurde: „Einige Zeit gab es einen mehr scherzhaften Kampf um die rote Fahne am Stadthaus, was vielleicht zu übertriebenen Gerüchten in anderen Zeitungen Veranlassung gegeben hat.“[Anm. 8] Nachdem der Durchzug der deutschen Truppen am 4. Dezember 1918 in Kreuznach beendet war[Anm. 9], forderte der Bürgermeister die Bevölkerung dazu auf „die Fahnen einzuziehen und allen sonstigen Schmuck der Straßen und Häuser zu beseitigen“.[Anm. 10] Bis zum Eintreffen der Franzosen wurde überschüssige Munition gesprengt und die von der deutschen Einquartierung verlausten Unterkünfte und Krankenquartiere desinfiziert, die Straßen gereinigt.

## Kreuznach wird besetzt



Extrablatt mit Informationen zu Einquartierungen in Bad Kreuznach, 8. Dezember 1918[Bild: Stadtarchiv Bad Kreuznach, MS Besatzung]

Am 8. Dezember 1918 traf zunächst die französische Einquartierungskommission in Kreuznach ein und bezog das im Kurgebiet gelegene Hotel Fürstenhof. Mit einem Extrablatt informierte Dr. Koernicke die Bevölkerung, was „Der Herr Kommandant“ für die Unterbringung der Truppen verordnet habe, nämlich: „Vom Montag früh 9:00 Uhr an sind in der Stadthälfte südlich der Mannheimer Straße, auf der rechten Naheseite, also in dem ganzen Stadtteil nach Münster zu, alle Haustüren offenzuhalten. In dem fraglichen Stadtteil sollen 400 Offiziere, 1.600 Mann und etwa 200 Pferde untergebracht werden. Die besten Zimmer sind für Offiziersquartiere zur Verfügung zu stellen. Sofern festgestellt wird, dass die Hausbewohner ein besseres Zimmer für sich zurückbehalten haben, als für das Offiziersquartier bestimmt ist, wird der Stadt Kontribution auferlegt und der Hausbewohner bestraft. Die zu Offiziersquartieren bestimmten Zimmer sind am 11. Dezember von vormittags 11:00 Uhr anzuheizen. Die Zeit ist sofort 1 Stunde zurückzustellen.“

Am 9. Dezember 1918 passierten französischen Truppen Kreuznach, und „mehrere 1000“ nahmen in der Stadt vorübergehend Quartier.[Anm. 11] Am 11. Dezember 1918 marschierte eine französische Division mit Infanterie, Kavallerie und Artillerie ein, die nach einer Parade auf dem Bismarckplatz im Beisein des Divisionsgenerals, seiner Offiziere und seines Stabes in Kreuznach dauerhaft Quartier bezog.[Anm. 12] Am gleichen Tag hielt der kommandierende General der 10. Französischen Armee Charles Marie Emmanuel Mangin (1866- 1925) im Stadtverordnetensitzungssaal des Stadthauses eine Ansprache, nachdem ihm die Spitzen der Behörden und die Stadtverordneten vorgestellt worden waren. In seiner Rede teilte er den Anwesenden mit, „dass er der Stadt nur die Beschränkungen auferlegen will, die notwendig sind zur Sicherung des französischen Heeres und zur Überleitung in die neuen Verhältnisse. Die große französische Nation, die Ehre und Würde hat, weist es von sich, mit Rachedgedanken hierhergekommen zu sein. Man mag in Deutschland glauben, die französischen Soldaten hätten einen Schwur getan, um in Deutschland zu vergelten, was die Deutschen Soldaten in Nordfrankreich der Bevölkerung angetan haben, alle Paläste zu zerstören und überall Schrecken zu verbreiten. So ist es aber nicht. Frankreich will keine kleinliche Rache nehmen, wir sind keine Barbaren.“[Anm. 13]



Charles Mangin  
1923[Bild: Wikimedia  
Commons, gemeinfrei]

General Mangin ordnete die Auflösung des Volksrates an, da „die Aufgabe, Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten“ nun erfüllt sei.[Anm. 14] Dann stellte er den Anwesenden Oberstleutnant Albert Philippe vor, der zum Stadtkommandanten ernannt und zum französischen Militärbefehlshaber im Kreis Kreuznach bestimmt worden war.[Anm. 15] Dessen Kommandantur zog ins Landratsamt, auf dem ab dem 15. Dezember als sichtbares Zeichen der veränderten Machtverhältnisse die Trikolore wehte.[Anm. 16] Das Armeehauptquartier von General Mangin befand sich bis 14. Dezember 1918 in Kreuznach.[Anm. 17] Die Geschäftsräume des Generalstabes waren im Kurhaus, das bis Herbst 1919 als Generalhauptquartier requiriert wurde, die Kommandantur des Hauptquartiers im Bäderhaus untergebracht.[Anm. 18] Währenddessen hielt der Durchmarsch der „ungeheuren Massen des Entente Heeres“[Anm. 19] an.

### **Polizeiverordnung**

Am 11. Dezember trat in Kreuznach die Polizeiverordnung vom 1. Dezember 1918 in Kraft. In 30 Artikeln waren die Regeln aufgeführt, die sich auf das Leben der Kreuznacher Bevölkerung auswirken sollten. Sie bezogen sich auf die Aufenthaltsbestimmungen, den Verkehr, Versammlungen, Presse, das Post-, Telegraf- und Telefonwesen im besetzten Gebiet ebenso wie auf den Umgang mit Brieftauben, Waffen und Munition, die Frage der Requisition, den Umgang mit Schnaps- und Schankwirtschaften sowie Strafen und Verschiedenes wie z.B. die Handhabung von Höflichkeitsformen gegenüber den französischen Offizieren oder der Grußpflicht gegenüber der Trikolore.[Anm. 20] In den folgenden Jahren sollte der Hinweis auf die Polizeiverordnung oft der Grund für Bekanntmachungen sein, die in Erinnerung riefen, wie sich die Bevölkerung in bestimmten Situationen, z.B. bei Versammlungen, zu verhalten habe.[Anm. 21]

### **Kreuznach wird Garnison: Requirierungen und Einquartierungen**

Ab dem 9. Dezember 1918 waren Truppen in großer Menge nach Kreuznach gelegt worden, teils in Stand- teils in Durchgangsquartieren. Während die Besatzungstruppen in Mainz, Worms oder Kaiserslautern auf eine speziell auf das Militär ausgerichtete Infrastruktur wie Kasernen, Exerzierplätze etc. zurückgreifen konnten, fehlten diese Einrichtungen vor Ort gänzlich, da Kreuznach in Friedenszeiten nie Garnisonsstadt gewesen war.[Anm. 22] Kasernen, Unterkünfte für Offiziere und Unteroffiziere, Massenquartiere für Soldaten, Räumlichkeiten für Dienststellen, und Gemeinschaftsräume, Magazine, Pferdeställe, Übungsplätze, Sportstätten, ein Bordell[Anm. 23], etc. mussten erst durch Requisitionen von öffentlichen oder privaten Gebäuden und durch Einquartierungen in Bürgerquartieren geschaffen werden.



Das Hotel Oranienhof, in dem französische Kolonialsoldaten aus Algerien untergebracht waren.  
[Bild: Stadtarchiv Bad Kreuznach]

1920 waren in der Stadt ca. 200 Morgen Grundstücksflächen für Flugplatz, Militärgarten, Wagenpark, Proviantlager und Briefftaubenstation requiriert, ebenso das Rennbahngelände nebst Tribünen und Stallgebäuden auf der Pflingstwiese. Für die Unterbringung der Mannschaften waren im Stadtgebiet 12 Gebäude requiriert und für die Stäbe und sonstigen Formationen 14 weitere. An Kasernen bzw. Massenunterkünften waren belegt: ein Schulhaus, (die Volksschule in der Mainzer Straße)[Anm. 24], eine Kinderheilstätte (das Viktoriastift)[Anm. 25], zwei Turnanstalten (die des Männerturnvereins[Anm. 26] und die des Glashüttenturnvereins) ein Hotel (der Oranienhof)[Anm. 27], ein Konzertsaal (der Kaisersaal), ein Museum (die ehem. Loge Brückes 30), das Casinogebäude[Anm. 28] und 5 große weitere Säle (der Orpheum-Saal, der Kronprinzensaal, die Concordia, das Wiesenzelt und Heyms Saalbau). Dazu vier größere Hotels (wie der Fürstenhof)[Anm. 29] und zehn Pensionen und Villen für Offiziere und Unteroffiziere wie sonstiges Heeresgefolge wie Dolmetscher oder Zivilbeamte. Offiziere und Unteroffiziere teils mit Familien und Hausangestellten waren zu dieser Zeit in 180 Bürgerquartieren untergebracht. Die Gesamtzahl der in Bürgerquartieren unterbrachten Personen belief sich auf 528, davon 36 Dienstmädchen.[Anm. 30]

1920 lag die Stärke der Besatzung in der Stadt bei 2.300 Personen. Am 1. Oktober 1921 lag die Zahl der Einwohner von Kreuznach bei 25.049 Einwohnern und die der Franzosen bei 2.690; was einem Verhältnis von etwa 10:1. entspricht, 1921 bei ca. 2.690, 1926 bei 2.500, 1927 bei 1.496, 1928 bei 1.356, 1929 bei 1.336 und 1930 bei 870 Personen.[Anm. 31]

Obschon es zu anhaltenden Schwierigkeiten wegen der starken Belegung des Kurviertels durch Besatzungstruppen kam, sorgte die Requirierung des Hofguts Rheingrafenstein im März 1921, das als École ferme (Landwirtschaftsschule) genutzt werden sollte, für einen Höhepunkt im Streit um Gebäude und Flächen für das französische Militär zum Nachteil der Stadt. Entgegen der Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung, das Hofgut trotz mehrfachem Antrag der französischen Militärbehörden nicht zu verpachten, da es die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Lebensmitteln, insbesondere mit Milch, sicherte und weil die Anwesenheit des Militärs das Spazierengehen für die Bürgerschaft und

für Frauen und Mädchen im weiten Umkreis unmöglich machen und den Kurbetrieb massiv stören würde, wurde das Hofgut requiriert.[Anm. 32] Der Requirierungsbefehl des kommandierenden Generals der 38. Infanterie-Division in Kreuznach ging dem Bürgermeister am 9. März 1921 zu.[Anm. 33] Im Hofgut wurde eine Militär- und Ackerbauschule für die französische Truppe eingerichtet „zur technischen Ausbildung der Truppe und zur Hochhaltung ihrer Moral.“[Anm. 34] Der Vorgang beschäftigte die Regierungen in Paris und Berlin, wobei es im Kern der Auseinandersetzung darum ging, ob es rechtens gewesen war, dass sich das französische Militär bei der Requirierung des Hofguts auf Artikel 8 des Rheinlandabkommens berufen hatte.[Anm. 35] Am 24. März 1921 wandte sich der deutsche Botschafter Mayer in Paris an die französische Regierung, da er das Vorgehen der Besatzungsmacht als Willkürakt verstand. Die Stellungnahme des französischen Hochkommissars vom 3. April 1921 war, dass die Interalliierte Rheinlandkommission die höchste Autorität in den besetzten Gebieten sei und die Entscheidung der Rheinlandkommission daher rechtmäßig und definitiv. Das Schreiben an Präsident Raymond Poincaré (1860-1934) hatte keinen Erfolg, die Besatzungsmacht setzte sich mit ihrer Argumentation durch.[Anm. 36] Für die Stadt bedeutete die Beschlagnahmung einen wirtschaftlichen Verlust, da das Hofgut einen Großteil der Milchversorgung abdeckte, die insbesondere wegen der Lebensmittelknappheit in den ersten Jahren nach dem Krieg von großer Bedeutung war.[Anm. 37]



Häuser mit französischen Offizierswohnungen[Bild: Stadtarchiv Bad Kreuznach]

Gebäude, Wohnungen, Anlagen und Flächen, die von den Franzosen während der Besatzungszeit zu militärischen, administrativen, medizinischen und kulturellen Zwecken ebenso wie zur Freizeitgestaltung genutzt wurden verteilten sich über die ganze städtische Gemarkung.[Anm. 38] Das Kurgebiet, insbesondere der Bereich um das Kurhaus, bildete einen Schwerpunkt. Bei der Auswahl der requirierten Objekte spielten strategische, sicherheitspolitische und repräsentative Aspekte eine Rolle, was sich anhand der Lage, der Konzentration und den Entfernungen zwischen den genutzten Gebäuden im städtischen Raum ersehen lässt.

Die Verteilung der militärisch genutzten Einrichtungen über das ganze Stadtgebiet stellte sowohl für das französische Militär (Verzettelung) als auch für die Bevölkerung (Omnipräsenz) ein Problem dar. Einige dieser requirierten Gebäude und Flächen waren durchgängig von 1918 bis 1930 von den Franzosen belegt, andere temporär. Die Requisitionen und Einquartierungen stellten einen massiven Eingriff in die

Belange der Stadt wie auch die der Einwohner dar und sorgten für dauerhaft anhaltende Konflikte.

## Requisitionen und Einquartierungen

In Artikel IX des Waffenstillstandsabkommens war das Recht der alliierten Armeen auf Requisitionen formuliert und vermerkt: „Der Unterhalt der Besatzungstruppen [...] erfolgt auf Kosten der deutschen Regierung.“[Anm. 39] Als das Hotel Fürstenhof am 9. Dezember 1918 von der französischen Einquartierungskommission requiriert wurde, versuchte sich der Besitzer Paul Kniese dem Vorhaben zu widersetzen, woraufhin die französische Seite die Bestrafung des Hotelbesitzers forderte und mögliche Kontributionsforderungen an die Stadt in den Raum stellte.[Anm. 40] Aufklärungsarbeit über die Rechte und Pflichten beider Seiten war notwendig. Um weiteren Spannungen in der Anfangsphase der Besetzung entgegenzutreten, die sich beim Zusammenleben in requirierten Gebäuden oder bei Einquartierungen in Bürgerquartieren ergaben aber auch bei der Requirierung von Einrichtungs- und Gebrauchsgegenständen wie z.B. Möbel, Bettwäsche, Strohsäcke etc., wurde die Bevölkerung am 13. Dezember 1918 in einer Bekanntmachung von Landrat Erwin von Nasse (1869-1920) und dem französischen Militärbefehlshaber darauf hingewiesen: „Es ist strengstens vorgeschrieben, alle französischen Offiziere und Mannschaften aufzunehmen, die Einquartierungszettel vorzeigen oder die regelmäßig einquartiert sind auf Befehl der französischen Offiziere oder auf Anweisung des Militärbefehlshaber oder des Bürgermeisters“.[Anm. 41]

Am 27. Dezember 1918 beschloss der *Stadtrat* die Bildung einer städtischen Einquartierungskommission, die wiederum eine Abschätzungskommission bildete, die in allen Vergütungsfragen hinsichtlich der Einquartierungen tätig werden sollte; die Last der Einquartierung selbst wurde vom Reich getragen.[Anm. 42] Am 1. März 1919 gab Dr. Koernicke bekannt, dass sämtliche von der Besatzung in Anspruch genommenen Quartiere, Stallungen, Geschäftszimmer und sonstigen Räume zwecks Gewährung späterer Entschädigungen schriftlich zu melden seien.[Anm. 43] 1921 wurde bekanntgegeben, dass alle Verträge und Kontrakte, die zwischen Wohnungseigentümern und den Besatzungsangehörigen bestehen, vom 1. Mai an aufgehoben sind. Ab dann ist nur die Entschädigung anwendbar, die durch die französische Wohnungskommission ausgestellt wurde.[Anm. 44] In der Folgezeit wurde die Bevölkerung immer wieder auf die Verpflichtung hingewiesen, dass die Einwohner zur Aufnahme von Einquartierungen verpflichtet sind, wenn ein gültiger Einquartierungszettel („Billet de Logement“) vorliegt.[Anm. 45] Und auch, wenn vorübergehend eine größere Anzahl französischer Offiziere wie z.B. im Juli 1921 in Bürgerquartieren untergebracht werden musste, die mit einem Quartierzettel ausgestattet waren und ein tadellos eingerichtetes Zimmer erwarteten.[Anm. 46]

Die Erfahrungen bei den Einquartierungen in Bürgerquartieren während der Besatzungszeit waren verschieden und hingen davon ab, wie lange die Unterkünfte beansprucht wurden, von wem und wie vielen und wie sich der zwischenmenschliche Kontakt in den Hausgemeinschaften gestaltete, von denen manche gezwungenermaßen jahrelang bestanden.[Anm. 47] Die anfängliche Bereitschaft Häuser,

Wohnungen und Zimmer, insbesondere im Kurviertel, für die französische Besatzung zur Verfügung zu stellen, nahm im Lauf der Zeit trotz der gezahlten Mietentschädigungen ab.

In den Anfangstagen der französischen Besetzung Kreuznachs schrieb Dr. Koernicke am 21. Dezember 1918 seiner Mutter: „Bisher ist Alles Dank gegenseitigen Entgegenkommens gut abgelaufen, wenn auch namentlich durch die hier eingeführte Verkehrssperre die Schwierigkeiten sehr groß sind. Hoffentlich wird es weiter gut gehen und wir später ohne jeden Mißklang an die Kreuznacher Franzosen-Zeit zurückdenken können. Ich habe zunächst einige Zeit einen Offizier als Einquartierung gehabt; zur Zeit steht jedoch mein Fremdenzimmer wieder leer. Blankenhagens haben 2 Offiziere einquartiert, die sehr freundlich und entgegenkommend sind.“[Anm. 48] Die positiven Erfahrungen Dr. Koernickes teilte er mit dem Volksschullehrer Emil Weirich (1868-1963), der ebenso wie viele andere Kreuznacher Bürger Zimmer für eine vorübergehende Einquartierung zur Verfügung stellen musste.[Anm. 49]



Das verwüstete Schulhaus  
in der Mainzer Straße[Bild:  
Stadtarchiv Bad  
Kreuznach]

In Fragen der Einquartierung war auf französischer Seite die französische Wohnungskommission zuständig, auf Seiten der Stadt zunächst das Einquartierungsbüro, dann das eigens gebildete Besatzungsamt.[Anm. 50] Diesem stand ab dem 17. Februar 1922 der 1. Beigeordnete Dr. Wilhelm Fritsch (1880- 1967)[Anm. 51] vor, in dessen Dezernat neben den Besatzungsangelegenheiten auch die Zuständigkeiten für das Wohnungsamt und der Arbeitsnachweis lagen.[Anm. 52] Im Januar 1923 wird er von dem Bürgermeister Dr. Fischer beauftragt, an den Sitzungen der französischen Wohnungskommission persönlich teilzunehmen um den Interessen der Stadtverwaltung und der von ihr vertretenen Bevölkerung durch die Autorität eines anwesenden Dezernenten Nachdruck zu verleihen.[Anm. 53] Dr. Fritsch blieb über Jahre hinweg ein wichtiger Verbindungsmann zwischen städtischer Verwaltung und französischer Militärverwaltung. In seinen veröffentlichten persönlichen Erinnerungen über die französische Besatzungszeit in Kreuznach bemerkt er, dass die Quartieranforderungen gerade zu Beginn der Besetzung außerordentlich stark gewesen seien, da Stand-

und Durchgangsquartiere gebraucht wurden und nur wenig Massenquartiere vorhanden waren. In dieser Zeit sei es zu unkontrollierten Einquartierungen wie etwa in der Volksschule Mainzer Straße gekommen, die dort großen Schaden angerichtet hatten.[Anm. 54] Die Tagebucheintragungen Weirichs, der das Schulgebäude unmittelbar nach der Einquartierung französischer Truppen aufgesucht hatte und seine Eindrücke sehr ausführlich schilderte, gehört zu den wenigen schriftlichen Zeugnissen, die die chaotischen Zustände zu Beginn der Besetzung in Kreuznach aus der Sicht eines Bewohners der Stadt anschaulich beschreiben. Den Volksschullehrer machte das Ausmaß der Zerstörung fassungslos, wie die Vernichtung von Lehrmaterial, Sammlungen etc., aber nicht nur die blinde Verwüstung erschütterte ihn, sondern auch der Diebstahl, der sowohl von französischer als auch von deutscher Seite, zudem durch Schüler der Schule, erfolgt war.[Anm. 55] Sein Kollege Karl Geib (1883-1951) fotografierte die Verwüstung der Klassenräume.[Anm. 56]

Die Besetzung Kreuznachs durch die französischen Truppen hatte die schon vorhandene Wohnungsnot verschärft. Mit dem Nachzug von Familienangehörigen der verheirateten Offiziere verstärkte sich im zweiten Jahr der Besetzung der Engpass an geeignetem Wohnraum weiter, da die Offiziere in den repräsentativen, im Kurgebiet gelegenen Wohngebäuden untergebracht werden wollten. Dr. Fritsch beschreibt, dass die Wohnungen in kurzer Zeit, oft nach wenigen Stunden und möglichst möbliert an die Franzosen übergeben werden mussten, unabhängig davon, ob es sich bei der Wohnung um eine Mietwohnung oder um Eigentum gehandelt habe und dass sie sich aussuchen konnten, womit sie ihre Wohnungen einrichten wollten.[Anm. 57] So informierte z.B. Capitaine Bouriez 1921 „Madame Anheuser en Ville“ schriftlich über seine Wünsche hinsichtlich der Einrichtung seiner Wohnung (Ess- und Schlafzimmer, Salon, Bad und gemeinsame Küche), die er in dem Haus der Familie in der Hofgartenstraße 4 belegte.[Anm. 58] Pro Monat wurde für die Nutzung 282 Mark veranschlagt, die dem Hausbesitzer ausgezahlt wurde. Bouriez verlangte die Aufhebung der gemeinschaftlichen Küchennutzung, was ihm von Seiten der französischen Wohnungskommission gegen den ausdrücklichen Wunsch des Hauseigentümers gestattet wurde, der dagegen argumentierte, dass seine gesundheitlich angeschlagene Frau dann in der Viehküche im Keller wirken müsse. Trotzdem musste die Familie die gemeinsame Küche innerhalb eines Tages räumen.[Anm. 59] Am 11. Februar 1923 erhielt „Officier d'administration Morachini“ für die gleiche Wohnung ein „Certificat de logement en nature“, das ihn berechtigte, im Anwesen ein „Chambre à coucher“, ein „Cabinet de travail“, ein „Chambre de domestique“ und eine „Cuisine“ zu belegen.[Anm. 60] Dr. Fritsch erwähnt das Problem der „Cuisines mixtes“ in erzwungenen Hausgemeinschaften und schildert es insbesondere für die Frauen als belastend.[Anm. 61] Rudolf Anheuser versuchte über Jahre hinweg, der erzwungenen Einquartierung zu entgehen. Da sein Haus in unmittelbarer Nähe des Casinogebäudes stand, das als Kaserne genutzt wurde, lag es für die dort arbeitenden französischen Offiziere günstig und wurde von ihnen deshalb fortlaufend als Quartier genutzt.

Beschwerden von französischer Seite wurden in der Regel dann geführt, wenn die beanspruchten

Wohnungen nicht den Vorstellungen und dem geforderten Zustand mit der genehmen Einrichtung entsprachen oder in der geforderten Zeit nicht zur Verfügung standen. Um die Wohnungen nach dem Geschmack der Offiziere einrichten zu können, wurden Möbel requiriert. Später verfügte die französische Militärbehörde in Kreuznach über ein Möbellager.[Anm. 62] Wenn Möbelstücke, Öfen, Matratzen oder Küchengeräte nicht mehr genügten, wurden sie mit Hilfe des Reichsvermögensamtes öffentlich versteigert, wobei Personengruppen, die mit einem Bezugsschein ausgestattet waren, wie Reichsbehörden, Ausgewiesene, Schwerkriegsbeschädigte oder Wohlfahrtsämter bei der Versteigerung bevorzugt wurden.[Anm. 63]

### **Auswirkungen**

Die Requirierung der großen Säle wie Kaisersaal, Konkordiasaal, Heyms Saalbau und die Säle des Bürgercasinos[Anm. 64], die zu Massenquartieren bzw. Kasernen umgenutzt wurden, entzog sie dem gesellschaftlichen Leben der Stadt. Sie standen weder für Großveranstaltungen wie Kongresse oder Tagungen, noch für die Nutzung von Berufsverbänden, vor allem aber nicht für große künstlerische Veranstaltungen wie z.B. für Musikveranstaltungen des Männergesangvereins und der Frauenchöre, zur Verfügung.[Anm. 65] Stattdessen musste auf kleine Säle etwa im evangelischen Gemeindehaus und auf die Aulen des Gymnasiums und Lyzeums zurückgegriffen werden, die dafür oder auch für politische Versammlungen eher ungeeignet waren. Dies zeigte sich 1924 bei der Landwirtschaftsausstellung und 1925 bei den Jahrtausendfeiern.[Anm. 66]



Bürgermeister Dr.  
Robert Fischer[Bild:  
Stadtarchiv Bad  
Kreuznach, 1.10-40]

Bürgermeister Dr. Fischer (1887-1966) schrieb mehrfach an die französische Militärbehörde vor Ort, schilderte das Problem und forderte Abhilfe durch Freigabe der Säle.[Anm. 67] Er argumentierte, dass sich Kreuznach während des Kaiserreichs „dank der kunstliebenden Bevölkerung zu einer Musikstadt entwickelt“ habe und über ein reges Vereins- und Kulturleben verfügte, das sich in Musik-, Theater- und großen gesellschaftlichen Ereignissen und Bällen etwa zur Fastnachtszeit zeigte. Der Verlust der

Austragungsstätten sei fatal für die Stadt und ihre Bürger.

Neben den Einschränkungen im Vereins- und kulturellen Leben betraf dies auch den Schulunterricht sowie den Schulsport. Der dauerhafte Wegfall der Volksschule Mainzer Straße führte zu großen Einschränkungen im Schulunterricht. Für die Schüler fiel zunächst bis Februar/März 1919 die Schule aus und auch Brennstoffmangel beeinträchtigte in den ersten Jahren nach dem Krieg den Schulunterricht.[Anm. 68] Die Volksschüler der Mainzer Straße wurden in der Hofgartenschule untergebracht, der Lehrbetrieb in Schichten und überfüllten Klassen durchgeführt. Die Besetzung des Schulgebäudes machte einen Schulhausersatzbau notwendig, wozu 1925 ein Darlehensvertrag mit dem Reichsfiskus, dem Reichsministerium für die besetzten Gebiete abgeschlossen wurde.[Anm. 69] Auch die von den Schülern genutzten Turnhallen, die als Massenquartiere bzw. Kasernen genutzt wurden, fielen sowohl für den Schulbetrieb als auch für den Vereinssport aus.

### **Alliiertes Rheinlandabkommen**

Die mit dem Waffenstillstand einhergehende kriegsmäßige Besetzung wandelte sich mit dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages am 10. Januar 1920 in eine friedensmäßige Besetzung, die Fristen für die Räumung vorsah.[Anm. 70] Das Kriegerrecht wurde damit außer Kraft gesetzt. Die alliierte Rheinlandbesetzung war im sogenannten „Rheinlandabkommen“ des Friedensvertrags von Versailles geregelt. Die oberste Vertretung der Alliierten in den besetzten Gebieten war die Interalliierte Rheinlandkommission, mit Sitz in Koblenz, sie hatte das Recht, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen. Ihre Aufgabe bestand darin, alle deutschen Behörden zu beaufsichtigen und ggf. Anweisungen zu erteilen.[Anm. 71] Von Seiten der Reichsregierung wurde ein Reichskommissar für die besetzten Gebiete ernannt. Dieser sollte Deutschland gegenüber der Interalliierten Rheinlandkommission vertreten. Am 10. Januar 1920 begann die friedensmäßige Besetzung der französischen Zone. Drei Bezirke, Bonn, Trier und Wiesbaden wurden gebildet, ab 1921 noch der Bezirk Kreuznach mit den Kreisen St. Goar, Simmern, Zell, Kreuznach und Meisenheim. Militärverwalter Philippe teilte dem Landrat des Kreises Kreuznach am 14. Januar 1920 mit, dass er als Delegierter der Interalliierten Kommission für den Bezirk der fünf Kreise Kreuznach, mit Sitz in Kreuznach ernannt worden sei[Anm. 72] und die Bezirksdelegation in Kreuznach leite. Ab 1. April 1921 übernahm der Kreisdelegierte in Kreuznach auch die Geschäfte des Kreisdelegierten des Kreises Meisenheim.[Anm. 73] Oberst Clanet wurde im Juli 1922 der Kreisdelegierte für Kreuznach und Meisenheim.[Anm. 74]

Nach dem Ausscheiden der Vereinigten Staaten als Besatzungsmacht im Februar 1923 erfolgte eine Neuabgrenzung der Besatzungszonen.[Anm. 75] Die Rheinprovinz bestand dann aus drei Bezirken: Bonn, Trier und Koblenz.[Anm. 76] Die Bezirksdelegation Kreuznach, die von Oberst Philippe geleitet worden war, wurde Anfang 1923 nach Koblenz verlegt.[Anm. 77] Major Adam folgte Clanet als Kreisdelegierter. Die französische Kreisdelegation in Kreuznach wurde Ende November 1925 aufgelöst und stellte am 1. Dezember den Betrieb ein.[Anm. 78] Die laufenden Geschäfte wurden bis 1. Januar 1926 abgewickelt.

Fortan stellte der Militärkommandant der Garnison die Verbindung mit den deutschen Behörden her.[Anm. 79]

### Ziele der französischen Besatzungspolitik



Erweiterung der französischen Lesehalle in Bad Kreuznach, Öffentlicher Anzeiger, 6. Mai 1921.[Bild: Stadtarchiv Bad Kreuznach]

Ziele der französischen Besatzungspolitik waren: Entschädigung durch Reparationszahlungen, Schwächung des deutschen Kriegspotentials Schutz vor erneutem deutschem Angriff und die Gewinnung der Bevölkerung für ein separatistisches Konzept: einen rheinisch-pfälzischen Pufferstaat. Die Besetzung brachte für die Kreuznacher insbesondere in den ersten Jahren der Besetzung spürbare Auswirkungen bei der Versorgungslage, in den Bereichen Verkehr, Verwaltung und Wirtschaft wie im Presse-, Nachrichten- und Bildungswesen sowie im kulturellen Leben.

Mit Beginn der Besetzung setzten die Franzosen auf die „pénétration pacifique“, eine friedliche Durchdringung, die gleichermaßen auf die Gewinnung der rheinischen Bevölkerung wie auf die öffentliche Meinung in Frankreich abzielte. Kernpunkte der Kulturpropaganda waren die Vermittlung der französischen Sprache und Kultur wie die Hinwendung auf eine gemeinsame Geschichte. Um diese Ziele zu erreichen, wurden in dem besetzten linksrheinischen Gebiet eigens eine französischsprachige Presse aufgelegt,[Anm. 80] Sprachkurse angeboten, Vortragsreisen französischer Wissenschaftler organisiert und Theater- und Filmvorführungen angeboten sowie Konzerte und Napoleon-Feiern abgehalten.

### „pénétration pacifique“ in Kreuznach



Die französische Buchhandlung in den Kurkolonnaden[Bild: Stadtarchiv

## Bad Kreuznach]

Ab März 1919 wurde mitten in der Stadt, im alten Café Kiefer (Mannheimer Str. 73), von der französischen Militärbehörde eine Lesehalle eingerichtet, wo Interessierte französische Modezeitschriften, Broschüren und Bücher einsehen konnten.[Anm. 81] Ab 1. Dezember 1920 war sie kurzfristig in der Villa Roedger Salinenstraße 70 untergebracht.[Anm. 82] In späteren Jahren gab es „La Librairie Française“, in den Kurkolonnaden, die französische Literatur und Zeitschriften führte.[Anm. 83] Das Angebot an, zunächst, kostenfreien Französischkursen war gerade zu Beginn der Besatzung breit gefächert, zumal es sich an unterschiedliche Zielgruppen wie Schüler oder Kaufleute wandte.[Anm. 84] Dass Französischkenntnisse von Vorteil waren, erkannte auch der Beigeordnete Dr. Wilhelm Fritsch, der im Januar 1923 Französischstunden nahm, „um die Interessen der städtischen Bevölkerung insbesondere bei der französischen Wohnungskommission persönlich besser vertreten zu können.“[Anm. 85] Abwechslungsreich war das französische Angebot an kulturgeschichtlichen Vorträgen[Anm. 86], Konzert-, [Anm. 87] Kino-[Anm. 88] und Theatervorstellungen[Anm. 89] z.B. als am 28. Mai 1919 im Kurtheater die Musikaufführung mit dem „Orchestre symphonique du Groupe d'armées Fagolle und dem Orchestre symphonique Bolan de la x<sup>e</sup> armée stattfand.“[Anm. 90]

Zur Wiederbelebung des Napoleon-Kultes wurde am 5. Mai 1919 auf dem Kreuznacher Friedhof erstmals eine Gedenkfeier für Napoleon abgehalten, die der Rückbesinnung auf eine gemeinsame Geschichte dienen sollte.[Anm. 91] Am 17. August des gleichen Jahres gedachte man dann der Veteranen Napoleons und veranstaltete abends ergänzend im Kurpark ein Symphoniekonzert der französischen Militärkapelle.[Anm. 92] Anlässlich des 100. Todestages von Napoleon wurden 1921 „alle erreichbaren Nachkommen“ der Männer eingeladen, deren Vorfäter unter Napoleon gedient hatten und deren Namen auf dem im 19. Jahrhundert auf dem städtischen Friedhof errichteten Ehrenmal vermerkt waren.[Anm. 93] Während der Feier wurde am Sockel des Denkmals durch die Franzosen eine Marmortafel mit der Aufschrift „La France à ses fils“ angebracht. Mit dem historisch nicht korrekten Argument, dass der Kreuznacher Jahrmarkt von Napoleon gegründet worden sei, setzte 1920 der „Verein Kreuznacher Schausteller“ unter Federführung des Schaustellers Otto Witte (1872-1958) die Genehmigung der Militärbehörde zur Abhaltung des Kreuznacher Jahrmarktes gegen den Willen der städtischen Verwaltung durch. Allerdings beharrte die Verwaltung darauf, dass es sich nicht um einen offiziellen Jahrmarkt, sondern nur um einen „Juxmarkt“ handele.[Anm. 94]

Neben dem kulturellen Angebot bestand auch die Möglichkeit an Divisionsfesten (Jahresfeiern)[Anm. 95], den Feiern zum französischen Nationalfeiertag am 14. Juli[Anm. 96] und dem seit 1920 eingeführten Fête de Jeanne d'Arc[Anm. 97] teilzunehmen. Die Anwesenheit der Spitzen der Verwaltung bei den nationalen Gedenktagen Frankreichs, insbesondere dem 14. Juli, war ausdrücklich erwünscht.[Anm. 98] Der Zuspruch der deutschen Bevölkerung daran blieb allerdings verhalten, zumal die Feierlichkeiten auch mit Unannehmlichkeiten wie Straßensperrungen, Verkehrsumleitungen und Verboten verbunden waren.[Anm. 99] Truppenschauen, Ordensverleihungen und Militärparaden, insbesondere im Beisein

hoher Militärs wie Mangin,[Anm. 100] Marshall Foch (1851-1929)[Anm. 101] oder Marshall Henri Pétain (1856-1951), der 1925 in Begleitung des Präsidenten der Rheinland-Kommission Paul Tirard (1879-1945) Bad Kreuznach besuchte[Anm. 102], dienten der Machtdemonstration und Machtentfaltung der Besatzungsmacht ebenso wie der Selbstvergewisserung und dem Selbstverständnis der französischen Besatzungstruppen vor Ort.[Anm. 103]

Die Bemühungen der französischen Kulturpropaganda wurden in der Kreisstadt vor dem Hintergrund separatistischer Strömungen, der Verbote und Einschränkungen der deutschen Vereinskultur genau beobachtet und misstrauisch beäugt, insbesondere, wenn diese weitreichende Auswirkungen auf das Bildungssystem gehabt hätten. Landrat Müser (1882-1944) äußerte in einem Schreiben an den Regierungspräsidenten, dass der Bezirksdelegierte Oberstleutnant Philippe „Französische Penetrationsbestrebungen“ in der Bildungspolitik verfolge und in Kreuznach eine katholische höhere Mädchenschule für französische und deutsche Schülerinnen zu gründen beabsichtige.[Anm. 104] „Damit“, so Müser, „wäre der französischen Kulturpropaganda Tür und Tor geöffnet (...) und die Gefahr ... umso größer als es sich um die Durchdringung der rheinischen deutschen Jugend handelt.“[Anm. 105] Zur Schulgründung kam es nicht. Stattdessen wurden französische Mädchen einige Semester lang am städtischen Lyzeum gemeinsam mit deutschen Schülerinnen unterrichtet.[Anm. 106] Ab 1922 wird in Kreuznach eine französische Schule in den Akten erwähnt.[Anm. 107]

### **Alltagserfahrungen während der Kreuznacher Besatzungszeit**

Für die Alltagserfahrung der Menschen während der Rheinlandbesetzung machte es einen Unterschied, wo in der alliierten Besatzungszone man lebte, welche Besatzungsmacht das Gebiet verwaltete, Franzosen, Amerikaner, Engländer oder Belgier, ob farbige Soldaten anwesend waren, ob sie in der Stadt oder auf dem Land wohnten, ob die besetzten Städte und Dörfer Erfahrungen mit der Präsenz von Militär hatten und ob die Besatzungstruppen dauerhaft oder nur zeitlich begrenzt, etwa bei Manövern, anwesend waren, und letztlich die Dauer der Besatzung. Die Ausrichtung auf das Militärische und die Anwesenheit neuer Symbole, einer neuen Sprache und fremden Geldes etc. sorgten in Kreuznach, das ist durch Tagebucheinträge z.B. von Emil Weirich überliefert, für Irritationen und eine neue Wahrnehmung des lang Vertrauten.[Anm. 108] Passkontrollen und Sperrstunden wurden eingeführt, das Leben beschränkt. Eine neue Zeit, die westeuropäische, wurde eingeführt und änderte das Zeitgefühl.[Anm. 109]



Bei der Feier zur Erinnerung an Jeanne d'Arc in Bad Kreuznach am 8. Mai 1921 beobachteten die Familien der französischen Offiziere die Feierlichkeiten vom Balkon aus.[Bild: Stadtarchiv Bad Kreuznach, MS Besatzung]

Die Besetzung war auch im Stadtbild präsent: Soldaten in Uniform, auf Gebäuden wehte die Trikolore, Militärfahrzeuge fuhren umher, französische Warn-, Orts-, Straßen- oder spezielle Hinweisschilder mit der Aufschrift „Cantonnement normal/Logement“.[Anm. 110] Auf großen Anschlagtafeln hingen Plakate, der Wortlaut französisch/deutsch.

Im täglichen Miteinander traten Konflikte auf, wenn französische Befehle missachtet, Symbole der Besatzungsmacht nicht geehrt oder verunglimpft, individuelle Freiheiten beschnitten, Gewalt und Übergriffe in jeglicher Form ausgeübt wurden oder wirtschaftlicher Schaden entstand. Der Übergriff auf Paula Schäfer im August 1926, eine junge Frau, die in Begleitung ihrer Freundin durch einen Messerstich in den Rücken schwer verletzt wurde, sticht deshalb hervor, weil der Fall in der Presse verfolgt und über die Verurteilung des Franzosen öffentlich berichtet wurde.[Anm. 111] In diesem Zusammenhang wird ersichtlich, dass die Besatzungsmacht nicht wünschte, dass Fälle von sexuellen und anderen Übergriffen in die Presse gelangen.[Anm. 112]

Für weiteres Konfliktpotential sorgte das Aufeinanderprallen verschiedener Mentalitäten, Sitten und Gebräuche: die Kleidung und das Hygieneverhalten, aber auch die „cuisine mixte“, die zu Konflikten zwischen einquartierten Offiziersfrauen und den Eigentümerfamilien führten. Besonders Überschreitungen der Sperrstunde sowie der Ausschank von Alkohol an Soldaten arabischer Herkunft gaben immer wieder Anlass zu Verwarnungen.[Anm. 113] Es folgten temporäre Schließungen der Gaststätten, oder es kam zu Verurteilungen mit Strafzahlungen und Gefängnis.[Anm. 114]



Postkarte des Bordells  
„Weindiele“ in Bad  
Kreuznach[Bild:  
Stadtarchiv Bad  
Kreuznach, MS  
Besatzung]

Auch die Präsenz der „männlich dominierten Kultur des Militärischen“ in einer Kurstadt, die mit dem Titel Frauenheilbad warb, führte unter vermeintlich moralisch-sittlichen Gesichtspunkten zu Irritationen, z.B. das Turnen der Soldaten mit nacktem Oberkörper in weiten Turnhosen im Bereich des Oranienhofs oder die Errichtung des Bordells in der Bocksgasse. In Kreuznach nutzen die französischen Soldaten die Promenaden zu sportlichen Wettkämpfen, umstellten bewohnte Häuser zum Häuserkampf, begannen ihren Tag frühmorgens in den Kasernen mit dem Abblasen von Hornsignalen, marschierten nachts hinter einer Militärkapelle in die Kaserne ein oder führten im Wald Übungen durch. Während die Jagd für Deutsche verboten war, nutzten die Franzosen diese Freizeitbeschäftigung. Mit diesem Verhalten griffen sie hart in den Alltag der Menschen ein, die im Umfeld der Kasernen und Massenquartiere lebten, was zu ständigen Beschwerden führte.

Die französische Militärbehörde griff in das Kulturleben ein, zensurierte und sprach Verbote aus, sobald ihr der Ton zu nationalistisch oder kritisch wurde. So war das Singen und Spielen der deutschen Nationalhymne in öffentlichen Lokalen, Cafés, Gaststätten, Kinos und Theatern zunächst verboten.[Anm. 115] Sperrstunden schränkten klassische Freizeitgestaltungen wie den Männerstammtisch ein. Der Straßenkarneval konnte zu Beginn der Besetzung aus diesem Grund zunächst nicht stattfinden. Die Festkultur wurde beschnitten, indem charakteristische Bestandteile wie Flaggen, Absingen von patriotischen Liedern, Umzüge etc. zunächst verboten wurden. Das Vereinsleben war generell beeinträchtigt, da die dafür notwendigen Fest- und Turnsäle von den Besatzungstruppen als Kasernen bzw. Massenquartiere beschlagnahmt waren. Dieses führte zum Teil zu einem Rückzug des Vereinslebens in Gast- und Wirtshäuser, wo in Hinterzimmern z.B. auch Schießwettkämpfe stattfinden konnten. Andererseits hatten Sportveranstaltungen im Freien allgemein großen Zulauf. Heimatvereine und Volksbildungsvereine boten Vorträge zur eigenen Geschichte oder gesellschaftlichen Themen an

und auch Kunstausstellungen fanden ein interessiertes Publikum, z.B. im Kurhaus. In diese Zeit fällt die Übernahme der Sammlungen des Antiquarisch Historischen Vereins durch die Stadt, mit dem Ziel, ein Museum zu errichten. Erschwerend für Zusammenkünfte war die unzureichende Versorgung mit Brennstoffen zu Beginn der Besatzungszeit. Schulen und Vereinen war es verboten, sich mit militärischen Themen zu beschäftigen.

Die offiziellen Kontakte von Seiten der Besatzungsbehörde mit der deutschen Bevölkerung waren politisch motiviert und dienten propagandistischen Zwecken. Zu Weihnachten und anderen Festtagen erfolgten Schenkungen an Waisenhäuser, Kranke und Bedürftige. Fern jeglicher politischen Überlegungen kam es aber auch zu Mithilfe und Unterstützung z.B. bei Katastrophen oder Bränden.



Französische Soldaten in Bad Münster am Rheingrafenstein, im Hintergrund deutsche Einwohner[Bild: Stadtarchiv Bad Kreuznach, Bestand 35]

Auf privater Ebene ergaben sich Kontakte im öffentlichen Raum, in Gaststätten, auf Tanzveranstaltungen, Festen, Jahrmärkten, in Konzerten und Theatervorstellungen, beim Spazierengehen, bei der Arbeit. Zwar waren enge Kontakte zwischen den Besatzern und den Ortsansässigen aufgrund des Fraternalisierungsverbotes unerwünscht, es gab sie aber, wobei auch Freundschaften entstanden. Das Eheverbot wurde nach einiger Zeit jedoch aufgehoben.[Anm. 116] Es kam zu Liebesbeziehungen, die wiederum zu Heiraten mit deutschen Frauen führten.[Anm. 117] Die aus den Begegnungen von farbigen Soldaten und deutschen Frauen stammenden Mischlingskinder, in Kreuznach sind 38 bekannt geworden, waren nach Abzug der Truppen einer Stigmatisierung ausgesetzt, die unter nationalsozialistischer Herrschaft zur Zwangssterilisation führen konnte.

Die erste Anlaufstelle bei auftretenden Konflikten mit den Besatzungstruppen war zunächst das Besatzungsamt, das im Stadthaus untergebracht war: bei Diebstählen, verursachten Sachschäden, verbalen oder körperlichen Auseinandersetzungen wie z.B. Anrempler auf der Straße oder in Gaststätten,[Anm. 118] Beteiligungen an Autounfällen, sexuell motivierten Übergriffen,[Anm. 119] Lärmbelästigungen, Denunziationen, mangelndem Respekt gegenüber französischen Offizieren,[Anm. 120] Beleidigungen[Anm. 121] oder Missachtung von (Macht-) Symbolen wie der französischen Fahne,[Anm. 122] beim Absingen patriotischer Lieder und anderen Verstößen gegen die Polizeiverordnung, z.B. das Abhalten politischer Reden und in Fragen der Requisition und

Einquartierung.[Anm. 123] Immer wieder wurden Plakate der französischen Besatzung abgerissen oder Plakate mit Inhalten gegen die Besatzung aufgehängt.[Anm. 124] Missliebige Personen wurden entweder bestraft und mit Haft und/oder Geldstrafe belegt oder ausgewiesen.

Am 8. Februar 1919 wurde wegen „fahrlässiger Gewalttätigkeit“ der städtische Förster Alfred Kochanowski (1882-1946) auf Befehl des XI. Kolonial-Infanterie- Division und der Unterdivision zu 35 Tagen Gefängnis verurteilt.[Anm. 125] Eine Geldstrafe von 6.000 Mark und die Ausweisung traf Bürgermeister Dr. Hans Koernicke, der vor dem Polizeigericht (Tribunal de Simple Police) erscheinen musste und mit dem 13. Juli 1919 seiner Funktionen enthoben wurde. Am 17. Juli 1919 verließ er das besetzte Gebiet.[Anm. 126] Er habe nicht auf das Dienstsiegel der Stadt aufgepasst, weshalb es in die Hände von verdächtigen Personen gelangt sei, die damit gefälschte Passierscheine anfertigten konnten, er habe eine grundsätzlich böswillige Haltung gegenüber der französischen Militärverwaltung an den Tag gelegt, mangelnde Achtung gegenüber dem höheren Verwalter (l'Administrateur Superieur) gezeigt und am 29. Juni nichts unternommen, um die Wiederholung von Demonstrationen und das Absingen aufrührerischer Lieder zu verhindern.[Anm. 127]



Die Vertreter der Stadt beim Hissen der neuen Fahne am 10. März 1921[Bild: Stadtarchiv Bad Kreuznach, MS Besatzung]

Im Februar 1921 führte die Entfernung der Trikolore am Haus des Bezirksdelegierten Oberst Philippe in der Hindenburgstraße zu einem schwerwiegenden Konflikt.[Anm. 128] Bürgermeister Dr. Fischer brachte sein Bedauern darüber zum Ausdruck. Am 10. März 1921 wurde die Trikolore von einem Beamten der städtischen Polizei im Beisein des Bürgermeisters sowie von Stadträten und Bürgern unter anschließender Ehrbezeugung gehisst, der General d'Anselme, Oberst Philippe und Oberst Clanet beiwohnten.[Anm. 129]

Deutschlandweit Aufsehen erregte die „Affäre Hecht“.[Anm. 130] 1922 wurde der Beigeordnete Dr. Erich Leschke wegen Spionageverdacht in seinem Büro verhaftet – man unterstellte ihm einer Geheimorganisation anzugehören.[Anm. 131] Das französische Kriegsgericht des Generalstabs der französischen Rheinarmee in Mainz verurteilte ihn zu vier Jahren Haft, da er „sich zu unerlaubten Zwecken Dokumente und Nachrichten über franz. Besatzungstruppen sowie militärische Befehle des Besatzungskommandos verschafft und dieselben an Agenten des deutschen Spionagedienstes im

unbesetzten Gebiet mitgeteilt“ habe.[Anm. 132] Er soll dem Redakteur der „Frankfurter Nachrichten“ Richard Hecht, der zu 20 Jahren verurteilt wurde, Informationen zugänglich gemacht haben, wobei der Verdacht bestand, dass Hecht für den Nachrichtendienst arbeitete.[Anm. 133] Dr. Leschkes Strafe wurde vom „Präsidenten der Französischen Republik“ um ein Viertel verringert.[Anm. 134] Im April 1924 nahm er mit der Genehmigung der französischen Besatzungsbehörde seine früheren Dienstgeschäfte bei der Stadtverwaltung wieder auf, nachdem er am Silvester 1923 aus dem Gefängnis entlassen wurde.[Anm. 135]

## Wohnungsnot

Schon vor dem Ersten Weltkrieg bestand in Kreuznach eine Wohnungsnot, die sich wegen dem Mangel an Kleinwohnungen, der vermehrten Eheschließungen nach dem Krieg und dem Anwachsen der Familien, den Flüchtlingsfamilien aus Elsass-Lothringen, den Hochwassereinwirkungen von 1918 und 1920 und Zuzug, aber insbesondere durch die Besatzung verstärkte.[Anm. 136] Im Juli 1921 wurde die herrschende Wohnungsnot mit der Beschreibung „zum Teil ganz unhaltbarer Wohnungsverhältnisse in der Stadt Kreuznach“ beklagt. So schrieb das städtische Finanzamt am 24. Juni 1921 an Regierungsrat Weber, der in die engere Beigeordnetenwahl gekommen war: „dass bzgl. der Bereitstellung einer geeigneten Mietwohnung von hier aus im Falle Ihrer Wahl selbstverständlich alles getan würde, um Ihnen in absehbarer Zeit eine passende Wohnung zur Verfügung zu stellen. Die Schwierigkeiten in der Wohnungsfrage infolge der Besatzungsverhältnisse machen es jedoch unmöglich, sofort eine derartige Wohnung bereitzustellen. Sie müssten sich evtl. eine kurze Zeit, die sich immerhin auf einige Monate erstrecken wird darauf gefasst machen, ohne Wohnung zu sein.“[Anm. 137] Die Wohnungsnot trotz des Baus von Sozialwohnungen z.B. des Völkerrings und der Lindenallee nahm in Folge der Ruhrkrise 1923 weiter zu, da u.a. die regietätigen Eisenbahnbediensteten und ihre Familien Wohnungen benötigten.[Anm. 138] Die rechtliche Grundlage für die Einquartierung von Bediensteten der Regie in beschlagnahmte Wohnungen war die Ordonnanz 160 vom 6. April 1923.



Städtische Siedlung am Völkerring, errichtet 1924, Aufnahme von 1943/44[Bild: Stadtarchiv Bad Kreuznach, 6.20-1110]

Die Unterbringung der Wohnungssuchenden wurde durch die Rückkehr der Ausgewiesenen im Jahr 1924 noch schwieriger, da deren Wohnungen während ihrer Abwesenheit teilweise belegt worden

waren.[Anm. 139] Die prekäre Situation auf dem Wohnungsmarkt blieb über das Krisenjahr 1923 hinweg ein Dauerthema innerhalb des politischen Diskurses.[Anm. 140] Wegen der außerordentlichen Wohnungs- und Raumnot war es der Verwaltung nicht möglich, für die „durch Gerichtsentscheidung aus ihren Wohnungen exmittierten Mieter ein anderes Unterkommen zu beschaffen“.[Anm. 141] Aus diesem Grund wurden u.a. drei Holzbaracken zu je sechs Wohnungen zur Abrundung der Kolonie Lindenmühle angeschafft.[Anm. 142] Auch neben der MTV-Halle wurden Baracken errichtet, in denen deutsche Familien wohnten, die zwangsweise aus ihren Wohnungen entfernt worden waren.

### **Baumaßnahmen durch das Reichsvermögensamt für militärische Zweck**

Wegen der Bedarfe der französischen Besatzung und der dauerhaft angespannten Lage auf dem städtischen Wohnungsmarkt wurden zur Entspannung vom Reichsvermögensamt Gebäude errichtet, die von den Franzosen als Kasernen und Wohngebäuden genutzt werden sollten. Die bestehende Zweigstelle mit dem Neubaubüro des Reichsvermögensamtes Koblenz in Kreuznach, wurde am 13. Januar 1921 in ein selbstständiges Amt umgewandelt. Die Dienstbezeichnung lautete: Reichsvermögensamt Kreuznach.[Anm. 143] Gebaut wurden an Kasernen: die Trainkaserne,[Anm. 144] die Gendarmeriekaserne[Anm. 145] und die Automobilkaserne.[Anm. 146] An Wohngebäuden: die „Siebenhäusergruppe“,[Anm. 147] die „Fünfhäusergruppe“,[Anm. 148] die „Dreihäusergruppe“,[Anm. 149] eine Doppelvilla,[Anm. 150] eine dreigeschossige Villa,[Anm. 151] ein zweistöckiges Offiziershaus[Anm. 152] und ein zweistöckiges Wohnhaus für Offiziere.[Anm. 153] Weiterhin fünf Doppel- und zwei Einzelhäuser[Anm. 154] am Stadtrand, die nicht bezogen wurden, weil sich die Besatzungsoffiziere aus Angst vor Anschlägen weigerten, dort einzuziehen.[Anm. 155]

Der Bau der Trainkaserne in unmittelbarer Nähe des Kurgebietes und inmitten eines geplanten noch nicht erschlossenen Villenviertels führte zu Konflikten zwischen der städtischen (Bau-)Verwaltung, dem Reichsvermögensamt und der französischen Militärverwaltung. Gegen den Willen der städtischen Verwaltung mussten z.B. die Fluchtlinienpläne auf Drängen der Franzosen geändert werden.[Anm. 156] Die Kaserne blieb auch nach ihrer Fertigstellung der Stadt ein Dorn im Auge, da sowohl der Verkehr durchs Kurgebiet die Gäste und Anwohner störte als auch der Lärm des Kasernenalltags.[Anm. 157] Auf stetes Drängen hin wurde 1927 der Stadt ein Darlehen für den Ausbau einer Umgehungsstraße (Ringstraße) zugesprochen, damit die Truppen und Waffen der Besatzung das Bäderviertel nicht mehr passieren mussten.[Anm. 158]

Der angedachte Bau einer Artilleriekaserne wurde nicht umgesetzt, obwohl im März 1923 das Gelände an der Bosenheimer Straße abgesteckt war.[Anm. 159] 1924 wurden die Bauvorhaben für die Franzosen ganz eingestellt. Wegen der Zurückhaltung von Baugrund durch die Verwaltung verhinderte die Reichsvermögensverwaltung weitere Bautätigkeiten.[Anm. 160]



Gendarmeriekaserne in der  
Bosenheimer Straße[Bild:  
Stadtarchiv Bad Kreuznach]

Beim Bau der Kasernen und Offiziershäuser profitierten ortsansässige Handwerksbetriebe, Geschäfte, Firmen und Einzelpersonen durch die Vergabe von Aufträgen und aufgrund von Arbeits- und Dienstleistungen wie z.B. die Seitz-Werke oder die Firma Beinbrech, die Geschäfte Wohlleben, Diebold, Jung & Co., Handwerker wie der Glaser Jacob Müller und die städtischen Betriebe, die Strom, Wasser und Gas lieferten.[Anm. 161]

Eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt setzte Ende der 1920er Jahre ein, als ein Bauprogramm initiiert wurde, das von den Behörden, Verbänden, Privaten und vom Reichsvermögensamt getragen wurde.[Anm. 162]

Die für die französischen Besatzungsoffiziere erbauten Wohngebäude sind aus städtebaulicher und architektonischer Sicht von herausragender Bedeutung und stehen heute fast ausnahmslos unter Denkmalschutz.

### **Wirtschaftliche Lage und soziale Unruhen 1918-1924**

Die Lage in Kreuznach war von 1918 bis 1924 durch wirtschaftliche und soziale Krisen wie Lebensmittelunruhen,[Anm. 163] Mangelwirtschaft, Arbeitslosigkeit, Notstandsarbeiten, Streiks,[Anm. 164] politische Instabilität, eine steigende Inflation, eine gravierende Wohnungsnot und letztlich von der Besatzung und den durch sie auferlegten Einschränkungen geprägt.[Anm. 165]

### **Das Krisenjahr 1923: Ruhrkrise, „passiver Widerstand“ und Ausweisungen**

Wegen rückständiger Reparationszahlungen ordnete der französische Ministerpräsident Poincaré die Besetzung des Ruhrgebiets an. Die deutsche Reichsregierung reagierte darauf mit dem Aufruf zum passiven Widerstand. Im Namen des preußischen Staatsministeriums wurde ein nationaler Trauertag beschlossen, der am 14. Januar 1923 zu begehen war.[Anm. 166] Begründet wurde er mit der durch „die Besetzung geschaffenen Lage“.[Anm. 167] Der Trauertag wurde durch die Rheinlandkommission verboten.[Anm. 168]

In Kreuznach reagierte Bürgermeister Dr. Fischer auf die Vorkommnisse mit einem Aufruf in der Zeitung. Die Überschrift lautete „Volk in Not!!“.[Anm. 169] Als sich die Krise weiter zuspitzte, bekundeten die Stadtverordneten mit der Spitze der Verwaltung am 16. Januar 1923: „In der Notstunde des

Vaterlandes ihre unverbrüchliche Treue zu Staat und Reich“. Dr. Fischer stellte fest, dass Einspruch gegen die Loslösung des Rheinlandes vom Deutschen Reich“ einzulegen ist und äußerte „Deutsche Rheinländer beim Deutschen Reich jetzt und immerdar!“.[Anm. 170]



Ankündigung eines temporären Verbotes des Öffentlichen Anzeigers ab dem 27. Januar 1923[Bild: Stadtarchiv Bad Kreuznach]

Am 18. Januar 1923 erreichte den Bürgermeister von französischer Seite die Note über die sofortige Beschlagnahmung der Zolleinnahmen, der Forsteinnahmen, der Finanzeinnahmen und der städtischen Forste.[Anm. 171] Eine weitere Note erging am 22. Januar 1923 über die Nichtausführung der Verordnungen, Anweisungen und Entscheidungen der Rheinlandkommission durch Beamten etc. Im Stadtratsprotokoll ist vermerkt, dass der strikte Befehl der Reichs- und Landesregierung befolgt werden muss, auch wenn widerstreitende Anweisung durch die Rheinlandkommission ergehen sollten.[Anm. 172]

Eine Erklärung von Vorständen sämtlicher Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden in Stadt und Kreis Kreuznach wurde am 23. Januar 1923 dem Delegierten der Rheinlandkommission in Kreuznach durch Landrat Müser übergeben, die besagte, dass die deutsche Reichsregierung und die Regierungen der Länder, gezwungen durch die letzten politischen Ereignisse, den Beamte des besetzten Gebiets durch Erlasse vom 19., 20. und 22. Januar 1923 Anweisung erteilt haben, gewissen Anordnungen der Besatzungsmächte keine Folge zu leisten.[Anm. 173] Der Abdruck der Erklärung in der örtlichen Presse führte zu einem dreitägigen Erscheinungsverbot. Landrat Müser wurde ausgewiesen.[Anm. 174] Vor dem Divisionsquartier in Kreuznach kam es zu einer „lärmenden Kundgebung“, bei der „Wachtposten einige Schreckschüsse“ abgaben.[Anm. 175] Nach weiteren Protestschreiben, die dem Kreisdelegierten übergeben wurden, wurde von der Besatzungsbehörde der Ausnahmezustand über Kreuznach verhängt und ein 14tägiges Presseverbot ausgesprochen.[Anm. 176]

Dann griff der passive Widerstand der Eisenbahner in Kreuznach: „Am 31. Januar 1923 mittags 2 ½ Uhr standen an der Eisenbahn sämtliche Räder still wir Beamte und Arbeiter gingen alle Nach hause, die Locomotiven standen auf freier Strecke und auf jedem bahnhof wo das personal war ging es ab, es waren sogar dabei die 2-3 Stunden zu Fuß nach hauße gingen“, so beschreibt es der Kreuznacher Eisenbahnbedienstete Wilhelm Marx (1866-1934) aus seiner Sicht.[Anm. 177] Und dann: „1. Februar

1923 Ruhrkrise. völlige Absperrung der Grenzen nach dem unbesetzten Gebiet. Infolge der Einstellung des Bahnverkehrs ein Fortfall aller für die Allgemeinheit in Betracht kommenden Verkehrsmittel.[Anm. 178] Am 22.2.1923 trafen französische Zollbeamte in Kreuznach ein, um den Betrieb des deutschen Zollamtes zu übernehmen.[Anm. 179] Im Gegenzug wurden die deutschen Zollbeamten ausgewiesen.[Anm. 180] Die Aufhebung erfolgte mit der Verordnung Nr. 274. Auf die Verweigerung der deutschen Eisenbahner antworteten die Franzosen mit der Gründung der französisch-belgischen Eisenbahnregie am 1. März 1923 und mit Ausweisungen der Eisenbahner und ihren Familien aus den besetzten Gebieten, die Benutzung anderer Verkehrsmittel wurde mit der Verordnung 164 vom 20. April 1923 erschwert.

Marx meint dazu: „Wir wurden durch öffentlichen Maueranschlag auf gefordert unser Dienst wieder aufzunehmen hatt sich aber kein Eisenbahner gemeldet darauf stellten sie allerhand gesindel ein und bei uns begannen die Ausweisungen“.[Anm. 181] „Um den Eisenbahnbetrieb aufrecht zu erhalten wurde Personal aus Frankreich geschickt. Diese Einrichtung erhielt den Namen Regiebahn, bzw. Regie. Im Frühjahr 1923 wurden die Wohnungen der ausgewiesenen Eisenbahner mit französischem Eisenbahnpersonal oder deutschem Hilfspersonal belegt“.[Anm. 182] Am 9. Juli 1923 wird in der Presse erwähnt, dass 60 Eisenbahner mit Familien aus Kreuznach ausgewiesen wurden[Anm. 183] und weitere folgten.[Anm. 184] Marx notierte, dass zu Beginn der Ausweisungen die Eisenbahner ihre Möbel noch mitnehmen durften, danach wurden sie abgeschoben und französische Beamten besetzten die Wohnungen der Eisenbahner. Das Mobiliar wurde öffentlich versteigert.[Anm. 185]

Die Ausweisungen betrafen auch viele städtische Beamte.[Anm. 186] Deren Vertreter reagierten: „Eine Reihe unserer Mitbürger mußte in der letzten Zeit Haus und Heimat zwangsweise verlassen. Die Gefühle des Schmerzes und des herzlichen Mitgeföhls mit ihrem Schicksal begleiten diese Familien in die Fremde“.[Anm. 187]

Am 26. September 1923 hob Reichskanzler Gustav Stresemann (1878-1929) den passiven Widerstand auf. Nach der Beendigung des passiven Widerstandes ging der Eisenbahnbestrieb am 16. November 1924 wieder in deutsche Hände über.[Anm. 188]

Die wirtschaftliche und innenpolitische Lage in der Stadt verschlechterte sich im Verlauf des Krisenjahres rapide.[Anm. 189] Geldmittelknappheit, Markentwertung und Streiks führten zu wirtschaftlicher Notlage, die auch den Mittelstand ergriff. Die Zahl der Arbeitslosen stieg. Der Brennstoffmangel führte zu Sonderhieben in den städtischen Forsten, Scheine zum systematischen Absuchen von Raff- und Leseholz in den Städtischen Waldungen wurden an die Bevölkerung ausgegeben. Das Lebensmittelamt kontrollierte die Ausgabe von Zucker-, Brot- und Milchkarten an 700 Familien.

### „Separatismus“



Aufruf an die Bevölkerung  
des Rheinlandes[Bild:  
Stadtarchiv Bad  
Kreuznach, MS Besatzung]

Mit Beginn der Besetzung waren auch Sympathisanten und Befürworter zu Wort gekommen, die einer Angliederung des Rheinlandes an Frankreich nicht abgeneigt waren. Dr. Fritsch unterstellte in seinen Erinnerungen, dass der Kreisdelegierte Philippe zu Beginn der Besetzung Kreuznachs 1918/1919 eine Kartothek anlegen ließ, die dazu dienen sollte, die Lostrennung des linksrheinischen Gebietes von Deutschland vorzubereiten und dann als ein strategisches Kampfmittel während der Ruhrkrise und der autonomistischen Ereignisse gezielt eingesetzt wurde.[Anm. 190]

Am 2. Juli 1919 fand in Kreuznach im Hofraum des Besitzers des Kreuznacher Druckereibesitzers Dr. Arnold Capallo (1860-1934) eine vielbeachtete Versammlung mit Dr. Hans Adam Dorten (1880-1963) statt, in der er für eine Rheinische Republik warb. Die Mehrheit der Anwesenden sprach sich für eine Resolution aus, die besagte, dass eine Volksabstimmung über die Gründung einer Rheinischen Republik entscheiden sollte.[Anm. 191] Im Dezember 1919 ging dann in der Stadt das Gerücht um, dass Anhänger Dortens in Kreuznach ein Zweigbüro der Rheinischen Volksvereinigung errichtet haben sollen, allerdings konnte der Ort zunächst nicht in Erfahrung gebracht werden.[Anm. 192] Am 6. Dezember 1922 fand in der Concordia eine Volksversammlung zu Rheinlandfragen statt – eine gemeinsame Kundgebung gegen die Idee einer Rheinischen Republik, die sich zu einer Massenversammlung im Beisein von Oberst Clanet auswuchs.[Anm. 193]



Scheck der Seitz-Werke über 50

Milliarden Mark, 1. November  
1923[Bild: Stadtarchiv Bad  
Kreuznach, MS Notgeld]

Im Verlauf der Ruhrkrise verschlechterten sich die Lebensbedingungen. Im Juli äußerte die Ortspolizei die Angst, „dass von den Dorten-Anhängern die Rheinische Republik ausgerufen werden könnte“.[Anm. 194] Am 19. August 1923 fand eine beachtete „Dortenversammlung“, diesmal in der Aula des Lyzeums in Kreuznach, in Gegenwart deutscher und französischer Polizei statt, bei der Gewerkschaftsführer „gegen die Bestrebungen der Sonderbündler Stellung“ bezogen, um zu zeigen, dass „in Kreuznach kein Boden für sie vorhanden ist.“[Anm. 195] Die innerstädtische Situation heizte sich unter dem Eindruck der Ruhrkrise und der damit verbundenen Inflation immer stärker auf. Am 19. September wurde Dr. Fritsch von der französischen Militärbehörde wegen angeblich nicht ausgeführter Bestimmungen über die Streckenbewachung der Regiebahn im Amtsgerichtsgefängnis inhaftiert und wenige Tage später, am 23. September, auf Drängen der Bürgermeisters Dr. Fischer wieder entlassen.[Anm. 196]

Am 18. September wurden in Kreuznach wegen der galoppierenden Inflation 50-Millionenscheine ausgegeben, am 20. September 100-Millionenscheine, am 25. September 200-Millionenscheine, und am 1. Oktober 500-Millionenscheine, am 15. Oktober 5, 10, 50 und 100-Milliardenscheine, im November folgten Billionengeldscheine.[Anm. 197] Emil Weirich notierte: „Ich bezahle am 23. Okt. für zwanzig Pfund Weizenmehl neunzig Milliarden Mark.“ In der Presse wurde zudem ständig über sogenannte „separatistische“ Unruhen im Rheinland berichtet. Die Stimmen wurden lauter, die eine Angliederung an Frankreich befürworteten. Dr. Fischer sprach daraufhin in der Sitzung der Stadtverordneten über die ernste Lage, in der sich die Stadt befinde.[Anm. 198] Am 12. Oktober kam es erneut zu Ausschreitungen. Menschenmassen zerschlugen Fensterscheiben, plünderten Lebensmittel-, Stoff- und Schuhgeschäfte.[Anm. 199] Auffällig waren dabei die Übergriffe auf viele jüdische Geschäfte.[Anm. 200] Die Besatzungstruppen griffen ein, um die Situation zu deeskalieren – über Kreuznach wurde der Belagerungszustand verhängt.[Anm. 201] Am 16. Oktober schaltete die „Partei Vereinigte Rheinische Bewegung, Bezirkssekretariat Nahegau“ eine Anzeige in Reaktion auf die Plünderungen und forderte dazu auf, Notleidenden zu helfen. Wenig später, am 19. Oktober 1923, riefen der Vorstand der vereinigten Rheinischen Bewegung mit einer erneuten Anzeige und Bürgermeister Dr. Fischer in einer Bekanntmachung die Bevölkerung dazu auf, Notleidenden zu helfen, zumal „die Zahlung der Unterstützung an die Erwerbslosen, Rentner usw. in Wegfall gekommen“ sei. Das „Büro der vereinigten rheinischen Bewegungen“, in der Jungstraße 17 gelegen, warb damit, „Rat und Hilfe“ zu vermitteln.[Anm. 202]



Aufruf der „Regierung der Rheinischen Republik“[Bild: Stadtarchiv Bad Kreuznach, MS Besatzung]

Nachdem in Koblenz und Wiesbaden die rheinische Republik ausgerufen worden war, wurde das Kreuznacher Stadthaus in Erwartung eines „Separatisten“-Putsches unter polizeiliche Bewachung gestellt, das Postamt erhielt militärischen Schutz durch französisches Militär.[Anm. 203] Bürgermeister Dr. Fischer ging in einer Presseerklärung vom 23. Oktober 1923 auf die Geschehnisse in verschiedenen Städten ein, und sprach von „schweren Störungen der öffentlichen Ordnung“, ohne die „separatistischen“ Bestrebungen bei Namen zu nennen. Er warnte, da sich Gerüchte auf ähnliche Tendenzen in Kreuznach verbreitet hatten, ausdrücklich davor, in Kreuznach die öffentliche Ruhe zu stören und gegen Recht und Gesetz die bestehende Ordnung zu stürzen.[Anm. 204]

In der Nacht vom 24. auf den 25. Oktober wurde das „separatistische Werbebüro“ in der Jungstraße von einer „deutschgesinnten“ Volksmenge aufgesucht, die „Separatisten“ wurden misshandelt.[Anm. 205] Tags darauf wandte sich Emil Zeh im Auftrag der Vereinigten Rheinischen Bewegung an die Bevölkerung des Kreises Kreuznach. Er verurteilte das Eindringen der „organisierten Räuber- und Mörderbande“ und klagte sie des Diebstahls, der Zerstörung von Einrichtungsgegenständen und der Misshandlung eines Kriegsbeschädigten an, wobei er den Stadtverordneten Fritz Sieben (1883-1966) namentlich als Hauptaktivist benannte.[Anm. 206] Teilnehmer wurden verhaftet und vor ein Kriegsgericht gestellt, mehrere Familien ausgewiesen. In Folge der Übergriffe auf das „Separatistenbüro“ wurde auch Bürgermeister Dr. Fischer am 25. Oktober von der Besatzungsbehörde verhaftet.[Anm. 207] Ihm wurde vorgeworfen, dass er als Chef der Stadtverwaltung die Unruhen und Ausschreitungen nicht verhindert habe und dass in seiner Bekanntmachung eine Aufforderung an die Bevölkerung gesehen werden konnte, tötlich gegen die „Separatisten“ vorzugehen. Seine Geschäfte übernahm bis 9. November der Beigeordnete Dr. Fritsch.[Anm. 208] Die Stadtverordneten trafen sich zur Lagebesprechung. Die gesamte Kreuznacher Polizei inklusive Feldpolizei wurde von der Besatzung entwaffnet, und die Polizei unter den Befehl der Besatzungsbehörde gestellt und zwar des Gendarmeriekapitäns, sowie Ausweisungen

angeordnet. In der Nacht vom 26. auf den 27. Oktober erfolgte in Kreuznach eine autonomistische Besetzung.[Anm. 209] Zuerst wurde das Landratsamt, dann das Stadthaus besetzt, Autonomisten riefen die freie rheinische Republik aus, die sich am 27. Oktober konstituierte.[Anm. 210] Es folgte die Besetzung aller weiteren öffentlichen Gebäude, auf denen die grün-weiß-rote Flagge der Rheinischen Republik gehisst wurde. Auch in Ebernburg wurde diese Flagge gehisst, nachts aber wieder abgenommen.[Anm. 211]



Die Ebernburger  
Separatistenfahne[Bild:  
Stadtarchiv Bad Kreuznach,  
Bestand 37]

Peter Bickert warb im Auftrag des Aktions-Ausschusses um Verständnis für den Umsturz, den er rechtfertigte, „weil die bisherige Regierung in jeder Beziehung versagt hat“ und weil „bitterste Not“ herrsche, und wandte sich direkt an das Rheinische Volk und die am 27. Oktober 1923 konstituierte „freie Rheinische Republik“.[Anm. 212] Süß erwähnt, „daß die französischen Besatzungsbehörden immer genau über die Absichten der Separatisten und die Verhältnisse innerhalb der separatistischen Gruppierungen unterrichtet waren.“[Anm. 213] Der „Separatistenputsch“ fand mit französischer Duldung und Unterstützung statt. Dr. Fritsch erwähnt. „De la Crox hatte mir mitgeteilt, der Bezirksdelegierte, Oberst Philippe, habe erklärt, dass die Revolution vollendet und die neue vorläufige Regierung eine Tatsache sei.“[Anm. 214] Vorübergehend übernahmen Dr. Baum und Herr Zeh die Führung von Stadt und Kreis Kreuznach. Bickert, der am 4. November 1923 Oberkommissar von Kreuznach werden sollte, meinte: „Wir verlangen nicht Aushalten, Maulhalten, Durchhalten. Wir werden zeigen was der Preuße bisher nicht fertig brachte: Dem Volke eine stabile Währung zu schaffen, dem Rheinländer gelingen wird, sodaß binnen kurzem die Geldfabriken geschlossen und zur weiteren Verwendung nach Berlin geschickt werden.“ [Anm. 215]

Am 6. November trafen sich auf Veranlassung des Kreisdeputierten Graf von Plettenberg einige Kreistagsmitglieder im evangelischen Gemeindehaus zu einer Besprechung. Diese wurde von einem Beauftragten des Aktionsausschusses zum Abbruch der Verhandlungen aufgefordert. Woraufhin nach Unmutsäußerungen die ganze Versammlung durch Separatisten festgenommen wurde. Einige Verhaftete wurden nach einem Verhör durch den Ortskommissar entlassen, andere, darunter Graf von Plettenberg,

nach Koblenz verbracht und dort inhaftiert. Hintergrund der Aktion war, dass der verbotene Kreistag einige scharfe Resolutionen gegen die „Separatisten“ verfasst hatte.[Anm. 216] Am 9. November wurde Dr. Fischer aus der Haft entlassen. Tags darauf bildete sich der Aktionsausschuss in Kreuznach um und Ortskommissar Bickert trat von seinem Amt zurück.[Anm. 217]

Der Rücktritt Bickerts stand auch in Bezug zum Kreuznacher Notgeld. Während das städtische gültig war, wurde das von den „Separatisten“ gedruckte als Falschgeld betrachtet.[Anm. 218] Die Druckerei Jung & Co „in der das städtische Notgeld hergestellt wurde“, war von Marokkanern und Separatisten besetzt“.[Anm. 219] Der Aktionsausschuss der Rheinischen Republik Kreuznach informierte die Druckerei Jung & Co in einer Mitteilung vom 31. Oktober 1923: „Die Hohe interalliierte Rheinlandkommission und mit ihr die neue Regierung beauftragt die Firma Jung & Co. das Notgeld in der bisherigen Weise weiter zu drucken mit den bisherigen Unterschriften (Von Plettenberg und Dr. Fischer).“[Anm. 220] Genehmigt wurde dies durch Ordonnanz 212 und zwar bis 25. Dezember 1923.[Anm. 221] Für das gedruckte Geld lag jedoch keine Deckung vor. Nachdem sich auch die Reichsbank weigerte, die Scheine anzunehmen, wurde die Notenpresse stillgelegt.[Anm. 222] In Folge des massenhaften Druckens von Notgeld und Devisenbetrug wurde ein Prozess gegen den Ukrainer Dr. Arcadius Wiener angestrengt, der in einem Vergleich endete.[Anm. 223] Im städtischen Verwaltungsbericht von 1923 stand dazu: „Durch die Beschlagnahme der Geldnotendruckerei der Stadt und durch die Herausgabe von Fünfbillionen- Notgeldscheinen in Höhe von etwa 1 Million Billionen Mark, ..., wurde der Stadt und der Bürgerschaft ein enormer Schaden zugefügt.“[Anm. 224]



Städtisches Notgeld über 500 Milliarden Mark[Bild: Stadtarchiv Bad Kreuznach, MS Besatzung]

Schon Ende November musste sich die Besatzungsmacht das Scheitern der Bewegung eingestehen – den entwaffneten städtischen Polizisten wurden die Waffen zurückgegeben. Am 14. Februar 1924 wurde die grün-weiß-rote Separatistenfahne auf dem Landratsamt eingeholt. Die Bestrebungen, eine Rheinische Republik, zu errichten hatten in der Bevölkerung keinen Rückhalt gefunden.[Anm. 225] Die Autonomisten wurden von der Mehrheit der städtischen Bevölkerung als Kollaborateure und Landesverräter empfunden.[Anm. 226]

## Der Kampf um die Kur

Nach dem Krisenjahr 1923 und der Veränderung in der politischen Großwetterlage ab 1924 wurde das Zusammenleben mit der französischen Besatzung in Kreuznach entspannter, wenn auch nicht konfliktfrei. Ein Konfliktthema blieb bis 1930, neben der Wohnungsnot, die Freigabe der requirierten Gebäude im Kurgebiet, der Abzug der französischen und dabei insbesondere der Kolonialtruppen aus diesem Bereich der Stadt, die Wiederbelebung der Kur und die wirtschaftliche Wiederaufrichtung des Kurbades.[Anm. 227]

Auch wenn im März 1921 General d'Anselme der Kurverwaltung mitgeteilt hatte, dass keinerlei Beschränkung des Kurbetriebes durch Beschlagnahmungen von Kurfremdenpensionen zu befürchten seien und er sein größtes Interesse an dem Kurbetrieb äußerte, stand dies in scharfen Gegensatz zur Realität und der Haltung der Militärbehörden.[Anm. 228]

Während die Anzahl der Kurgäste 1913 bei 7.416 Personen lag, waren es 1925 2.500 und 1926 2.600 Besucher[Anm. 229] Die Gründe des Ausbleibens der Kurgäste waren vielfältig, z.B. die Tatsache, dass das Kurbad zu einer von Franzosen besetzten Garnisonsstadt geworden war, dass es in der linksrheinisch gelegenen besetzten Zone lag, für die bis 24. Oktober 1924 eine Einreiseerlaubnis notwendig war, wegen den veränderten politischen Gegebenheiten nach dem Ersten Weltkrieg, dem Verlust Elsass-Lothringens und der Sonderrolle des Saarlandes etc.[Anm. 230] Während des Krisenjahrs 1923 blieb der Kur- und Badeverkehr stark eingeschränkt.[Anm. 231] Die Solbäder-Aktien-Gesellschaft (SAG) benötigte nach 1923 Geldmittel.[Anm. 232] Zu Beginn des Jahres 1924 übernahm der aus Luzern kommende Dr. Ganz die Aktienmehrheit der SAG, die Stadt behielt eine qualifizierte Minderheit der Aktien. Die Hoffnungen, die in den Verkauf gesetzt worden waren, erfüllten sich nicht.[Anm. 233] Die Jahre 1924 und 1925 brachten erhebliche Verluste. Auf einer Generalversammlung im darauffolgenden Jahr 1926 wurde von der Banque d'Alsace – Lorraine in Straßburg die Stilllegung des Heilbades zum 1. April 1926 wegen mangelnder Rendite und zu hoher Investitions- und laufender Kosten wie Reklame und Reparaturen bei Kurhotel und Bäderhaus verlangt. Dieser Bank war das Aktienpaket von Dr. Ganz verpfändet.



Das Bad Kreuznacher Kurviertel,  
Postkarte[Bild: Stadtarchiv Bad  
Kreuznach]

Um das Bad zu erhalten, übernahm die Stadt, mit Unterstützung durch die preußische Staatsregierung,

den Aktienanteil des Konzerns an der Solbäder- Aktiengesellschaft. Somit besaß 1926 die Stadt 84% der Aktien der SAG.[Anm. 234] Nach Ansicht der Stadtführung war damit „einer der wichtigsten Betriebe unter der absoluten Kontrolle der Stadt.“[Anm. 235] Die bewusste Entscheidung, trotz Warnung von Experten die defizitäre Gesellschaft zu übernehmen, wurde mit den Argumenten gerechtfertigt, dass es gefährlich sei, einen lebenswichtigen Betrieb unter fremde Einflussosphäre zu stellen, diesen nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten (wirtschaftlichen Maximen) zu beurteilen und dabei das große öffentliche Interesse außer Acht zu lassen. Das Unternehmen „sollte nicht kapitalistisch, sondern gemeinnützig betrieben werden“.[Anm. 236]

In der Folgezeit versuchte die städtische Kurverwaltung die Kur wiederzubeleben, um an den Erfolg des Bades vor dem Ersten Weltkrieg anzuknüpfen.[Anm. 237] Dieses Vorhaben brachte nicht den gewünschten Erfolg, auch weil sich das (Freizeit-)Verhalten der Gäste verändert hatte, was sich z.B. bei der Zunahme der Tagesgäste und der Abnahme der Übernachtungen gerade im Kurhauspalasthotel offenbarte.[Anm. 238] Der Einbruch bei den Kurgästen schwächte sich nur langsam ab und damit blieb es bei steuerlichen und wirtschaftlichen Einbußen für die Stadt, die wiederum die Badeverwaltung mit hohen Summen unterstützen musste. Für die städtische Verwaltung war es daher notwendig, dass sich die Situation insbesondere im „besetzten“ Badeviertel und auch in der Stadt änderte.

Ab 1925 bis 1930 prägt daher ein zähes Ringen um die Einflussnahme auf die Gestaltung des Kurwesens die Verhandlungen zwischen der Stadt und den französischen Militärbehörden. Bei dem „Kampf um die Kur“ ging es auf städtischer Seite im Kern darum, wieder die Souveränität und Gestaltungsfähigkeit zu gewinnen, mithin eigenständige Entscheidungen zum Wohl der Stadt, insbesondere des Kurbetriebes treffen zu können, und diesbezüglich auch städteplanerisch tätig zu werden. Das Kurgebiet wurde von städtischer Seite als eine Art „militärisches Glacis“ empfunden, weil das Kurhaus mit den therapeutischen und gesellschaftlichen Einrichtungen von militärischen Einrichtungen eingeschlossen sei und von den sichtbaren und hörbaren Auswirkungen dominiert würde.[Anm. 239] Das Hauptziel der Stadt war deshalb die gänzliche Räumung des Bades, Etappenziele auf diesem Weg waren die Verlegung von Truppenteilen, Behörden oder Truppeneinrichtungen aus dem Kurgebiet, um eine „Unsichtbarmachung“ der Besatzung zu erzielen. Die Stadt argumentierte, dass vor dem Krieg 2.100 Fremdenbetten für Kurgäste zur Verfügung gestanden hätten, 1925 würden 1.666 Betten davon nicht mehr den Kurgästen zur Verfügung stehen.[Anm. 240] Erreicht werden sollte die „Unsichtbarmachung“ mit der Konzentration von Truppenunterkünften: der Unterbringung in den reichseigenen Kasernen und außerhalb des Badeviertels.[Anm. 241]

Im „Kampf um die Kur“ wurden zunehmend aggressiv rassistische Befindlichkeiten und wirtschaftliche Ziele mit dem Argument verknüpft, die Anwesenheit französischer Kolonialtruppen im Kurbad sei geschäftsschädigend und mit dem Konzept eines Frauenheilbades unvereinbar.[Anm. 242]

Die französischen Militärbehörden fanden aus strategischen Gründen eine völlige Räumung

indiskutabel, da Kreuznach Garnisonsstadt und „Mittelpunkt des militärischen Lebens in der rückwärtigen Zone“ sei.[Anm. 243] Die großflächige Verteilung ihrer Einrichtungen über das Stadtgebiet war ein weiterer wesentlicher Grund, relativ kompromisslos an der Requirierung vieler Gebäude insbesondere im Kurgebiet festzuhalten. Außerdem war das Kurgebiet das bevorzugte, repräsentative und modern anmutende Wohnviertel.[Anm. 244] Dies und historische Gründe, nämlich der Rückblick auf die Anwesenheit des Großen Hauptquartiers und dessen Bedeutung im Ersten Weltkrieg, führte dazu, dass das Kurhaus bzw. Appartements im Kurhaus immer wieder für die Nutzung hoher Militärs requiriert wurden, z.B. vom 7.-14. September 1926 um den kommandierenden General der Rheinarmee mit einer Anzahl an Generälen und Offizieren dort unterzubringen.[Anm. 245] Ein erster Erfolg war 1926 die Rückgabe des Oranienhofes, der als Kaserne genutzt worden war. Doch bis zuletzt blieb ein Großteil der requirierten Gebäude und Wohnungen besetzt und wurde erst im April 1930 frei.[Anm. 246]

### **Kur und Kolonialtruppen**

Im Kampf um die Kur spielte die rassistisch geführte Argumentation, die sich gegen die Anwesenheit von Kolonialtruppen im Allgemeinen und im Kurgebiet im Speziellen wandte, eine große Rolle.[Anm. 247] Etwa bei der Errichtung des Bordells, der École ferme und der Besetzung von Gebäuden im Kerngebiet des Badeviertels. Die Sicht auf die Kolonialtruppen war zwiespältig. Auf der einen Seite konnten sich die Berichterstatter z.B. beim Einzug von Truppenteilen der Faszination gegenüber dem Fremden und Exotischen nicht entziehen, auf der anderen Seite folgten sie verbreiteten Stereotypen, auch sprachlich, wobei die koloniale Vergangenheit Deutschlands insofern eine Rolle spielte, als sich die Machtstruktur während der Besatzungszeit umgekehrt hatte.[Anm. 248] Insbesondere die farbigen Soldaten waren Verunglimpfungen ausgesetzt, welche durch die Propaganda der „Schwarzen Schmach am Rhein“ verstärkt wurde.[Anm. 249] Ein Höhepunkt dieser Diskussion erfolgte im Jahr 1927, als in der Beilage der Frankfurter Zeitung ein Foto erschien, das einen farbigen Kolonialsoldaten beim Anbau von Gemüse zeigte.[Anm. 250] Dies war nicht das Bild, das die städtischen Behörden nach außen transportiert haben wollten, weshalb sie es in ihrem Kampf um die Kur einsetzten, übergeordnete Behörden für den Abzug der französischen Besetzung aus dem Kurgebiet zu gewinnen.

Während der Besatzungszeit wurden 38 Kinder geboren, die einer Verbindung von farbigen Kolonialsoldaten und deutschen Frauen entstammten.[Anm. 251] Von den sogenannten „Rheinlandbastarden“ wurden einige zwangssterilisiert. Sie gehörten zu Hitlers erster Opfergruppe.

### **Der „Befreiungstag“ 30. Juni 1930**



Anzeige für ein Bekleidungsgeschäft anlässlich der Räumung des Rheinlandes im Öffentlichen Anzeiger, 30. Juni 1930[Bild: Stadtarchiv Bad Kreuznach]

Ab April 1930 begann die Besatzung die Stadt zu räumen. Der größte Teil der beschlagnahmten Wohnungen und Einzelzimmer, sowie die beschlagnahmten militärischen Gebäude und Kulturländereien wurden zurückgegeben.[Anm. 252] Letzter offizieller Akt der Besatzungsbehörde war die Verabschiedung eines Beauftragten des Garnisonskommandanten am 2. Mai 1930 beim städtischen Besatzungsamt. Am 24. Juni 1930 wurde die Trikolore auf der Gendarmeriekaserne eingezogen und die Gendarmerie reiste als letztes Truppenkommando mit den Beamten der Geheimpolizei ab. Damit war Bad Kreuznach besatzungsfrei. In der Nacht vom 30. Juni auf dem 1. Juli 1930 fand die Befreiungsfeier statt.

Die Entschädigungsanträge wurden gestellt und nach Prüfung dem Regierungspräsidenten vorgelegt. Das Besatzungsamt wurde nach der Abwicklung der Arbeiten am 31. Dezember 1930 aufgelöst.[Anm. 253]

*Franziska Blum-Gabelmann (Stadtarchiv Bad Kreuznach), Juni 2022*

#### Anmerkungen:

1. StAKH RP 11.11.1918.
2. Kreuznacher Zeitung (KrZ) 11.11.1918; Helmut Schwind, Bad Kreuznach in der Revolution von 1918/19, in: Bad Kreuznach von der Stadterhebung bis zur Gegenwart. (=Beiträge zur Geschichte der Stadt Bad Kreuznach, Bd. 1) Bad Kreuznach 1990, S. 214.
3. KrZ 19.11.1918; Schwind, S. 214.
4. StAKH NL Dr. Hans Koernicke.
5. <https://www.bad-kreuznach.de/politik-und-verwaltung/haus-der-stadtgeschichte-und-%20stadtarchiv/familienforschung/lexikon-kreuznacher-persoennlichkeiten/m-s/schmithals-nelli/>.
6. KrZ 27.11.1918: „Die ersten Fronttruppen sind da. In musterhafter Ordnung, fröhlich Soldatenlieder singend, mit Blumen geschmückt, Schwarz-weiß-rote Fahnen mit sich führend (...). Mit Genugtuung wurde (...) wahrgenommen (...): Das sind keine besiegten Truppen.“; Öffentlicher Anzeiger (OeA) 26.11.1918: „Mehrere Feldregimenter zogen durch die Stadt (...) Die Krieger wurden jubelnd empfangen. Überall eilten die Leute herbei und schenkten ihnen warmen Kaffee

- ein (...) Größere und kleinere Trupps der verschiedenartigsten Waffengattungen schieben sich bunt durcheinander durch die Straßen. Große Willkommensschilder in den fahngeschmückten Straßen leuchten den heimkehrenden Kriegern entgegen.“; Eduard Gampfer/Rudolf Hornberger, Bad Kreuznach und Umgebung in frühen Photographien (1877 – 1930) von Nelli Schmithals. Grolsheim 1985, S. 98 – 112.
7. KrZ 27.11.1918: „Die rote Fahne am Portal des Stadthauses ist bei dem Einzug der Truppen durch die deutsche ersetzt worden.“; General Anzeiger (GA) 26. 11.1918: „Am 25. traf General von der Marwitz an der Spitze des 31. und 32. Bayrischen Infanterie-Regiments mit klingendem Spiel in Kreuznach ein. Am Stadthaus mußte die rote Fahne verschwinden und den alten deutschen und preußischen Farben Platz machen.“; OeA 27.11.1918: „Die rote Fahne am Stadthaus wurde nicht niedergeholt (...) wurde neben ihr auch die schwarz-weiß rote und die schwarz-weiße Preußenfahne gehisst.“; GA 27.11.1918: „Die rote Fahne wurde nicht entfernt, sondern neben die anderen gehängt.“; StAKH AuSR. Notiz: „Teile der auf dem Stadthause gehissten roten Fahne, die am 30. November 1918 nachm. 3 ¼ Uhr von Offizieren u. Mannschaften des Rgt. 98 (Metz) die dort vorbei in seine Quartiere zogen, unter Musik u. Jubel der Umstehenden verbrannt wurde“.
  8. StAKH NL Dr. Hans Koernicke.
  9. OeA 3.12.1918.
  10. KrZ 4.12.1918.
  11. OeA 9.12.1918; OeA 10.12.1918; Emil Weirich: „Montag, d. 9. Dezember: Ich habe vormittags zwischen 11 und 12 auf dem Stadthaus zu tun. Auf dem Weg dorthin begegnen mir die ersten französischen Soldaten. Radfahrer, Reiter. Sie kamen die alte Brücke herunter u. bogen in die Mühlenstr. ein. Durch die Neustadt kommen immer mehr. Vor dem Stadthaus stehen viele Pferde. Die Reiter sind abgesehen. Vor der Post halten Autos. Auf dem Heimweg. Ecke Salinen- und Mannheimerstr. viele Menschen. Von der Salinenstr. her Trommelwirbel. Hörnerschmettern. Und dann kommen Sie! Mit wehenden Fahnen ein ganzes Regiment. Mit Sack u. Pack. Jede Kompanie eine kleine Flagge voraus. Maultierbespannte, Maschinengewehre. Leichte Sanitätswagen von Mannschaften gezogen. Bagage. (...) Ganze Mengen Franzosen treiben sich in den Straßen herum (...). Wir haben heute noch keine Einquartierung bekommen, wohl aber Ring- u. Sigismundstrasse.“
  12. OeA 12.11.1918: „Aus den mitgeführten französischen Vorratswagen wurden Lebensmittel an die Bevölkerung verteilt: Schinken, Weißbrot und Käse, die Feldküchen verteilten Bouillon sowie Erbsensuppe mit Speck.“
  13. StAKH RP 11.12.1918; OeA 12.12.1918.
  14. OeA 3.12.1918: „Der Arbeiter und Soldatenrat führt nun die Bezeichnung Volksrat.“ Die Namensänderung war am 2. Dezember erfolgt; Emil Weirich, Mittwoch 11.12.18, (...) Folgende Episode auf dem Stadthaus. Der Ortskommandant lässt sich die (städt.) Behörden vorstellen. Landrat, Bürgermeist. u. auch die Stadtverordneten, auch der Arbeiter- u. Soldatenrat (jetzt Volksrat genannt) ist dabei. Der franz. Offizier zum Landrat v. Nasse: „In wessen Auftrag sind Sie in ihrem Amt, wer hat Sie berufen?“ Antw.: „S. M. der König!“ „Gut!“ Zum Bürgermstr. Dieselbe Frage. Die Antwort: „Von den Stadtverordneten gewählt, vom König bestätigt!“ „Gut!“ Zum A.S.R. Messer: „Wer sind Sie?“ Antwort: „Lagerist Messer, als A.S.R.“ „Wer hat Sie berufen?“ — „Wir sind ohne besondere Berufung zusammengetreten.“ Dasselbe mit Dr. Grein, dem Vorsitzenden des A.S.R. Der französische Offizier zum A.S.R.: „Mit Ihnen habe ich nicht zu verhandeln, Sie können gehen!“ Zu den anderen Herren: — „Bitte nehmen Sie Platz!“, Schwind, S. 220.
  15. RP 11.12.1918; OeA 16.12.1918. Philippe war Militärverwalter von Kreuznach. Ortsmilitärbehörden sind: die kommandierenden Generale, die Divisionskommandeure, die Stadtkommandanturen, die Ortskommandanturen, die Kommandanturen und Etappenkommandanturen (aus: Bekanntmachung für Kreuznach. République Française) KrZ 16.12.1918.
  16. StAKH RP 11.12.1918; OeA 16.12.1918. Das Landratsamt lag in der Salinenstraße 47/51.
  17. StAKH RP 11.12.1918.
  18. OeA 12.12.1918; StAKH RP 11.12.1918.
  19. OeA 16.12.1918: „(...) unablässig wälzen sich die ungeheuren Massen des Entente-Heeres durch Kreuznach. Endlose Lastwagenkolonnen belebten das bunte kriegerische Bild unseres friedlichen Städtchens. Immerfort rückten neue Regimenter an. Die Foch'schen Reserven nahmen kein Ende. Vor den Stabsgebäuden des Armeehauptquartiers herrscht ein geradezu unheimlicher Verkehr. Ordonnanzen, Kuriere kommen und gehen, Generalstäbler, Krankenschwestern und französische Zivilisten füllen die Portale des Brüderhaus und Fürstenhof. Auf dem Balkon des Hauses neben der Konditorei Heym hat ein französischer Soldat einen Zeitungsverkauf eingerichtet. Die neuesten Pariser Blätter liegen hier aus. Die Salinenstraße gleicht einem Moorbad.“; OeA 10.12.1918; Fritsch: Streiflichter aus der Kreuznacher Besatzungszeit. Persönliche Erinnerungen von 1. Beigeord. Dr. Fritsch. o.O. Juli 1930 S. 6.
  20. Emil Weirich: „Mittwoch, 11.12.18 (...) An den Plakatsäulen: République Française Polizeiverordnung (29 Artikel). Art. 1 nachstehende Verordnung gilt für das Gebiet der Armee. Art. 5. Jede Person über 12 Jahre muss eine Legitimationskarte haben usw. usw. Der kommandierende General der Armee. (...)“
  21. OeA 5.3.1919.
  22. Fritsch, a.a.O. S. 6.
  23. OeA 6.2.1919: „Bekanntmachung: Die von Gastwirt Jakob Christmann in dem Hause Bocksgasse 6, hier geführte Gastwirtschaft „Zum Reichskanzler“ ist von der französischen Militärverwaltung mit Beschlag belegt. Deutschen Zivilpersonen ist fortan der Besuch der Gastwirtschaft verboten. Kreuznach 1. Februar 1919 I. V. Dr. Fischer.“: Die Gaststätte wurde zum „maison de tolérance“ erklärt. Für Deutsche war der Besuch des Bordells zunächst nicht erlaubt, was sich, mit Einschränkung, ab Januar 1920 änderte (Befehl Nr. 952 des Lieutenant- Colonel Philippe). Neben dem Bordell wurden weitere Örtlichkeiten mit Prostitution verbunden die Gaststätten Tannhäuser und Dankelmann, die Wirtschaften „Zur deutschen Eiche“ und „Zur Rose“. Auch in der Nähe der Kasernen und dem Bahnhofsviertel kam es zu gewerbsmäßigen sexuellen Kontakten; LHAK 467/203: „Als besonders peinlich wird es empfunden, dass sich mitten in der Stadt, in der Bocksgasse, das Bordell befindet. In dem Bordell befinden sich nur deutsche Mädchen. Etwa 4-6 die freiwillig dahingehen.“; Fritsch, a.a.O. S. 7; Martin Senner, Die Nachtseite der Badestadt – Prostitution in Kreuznach 1825-1933. Bad Kreuznach, 2005, S. 111.
  24. Caserne Boennec.

25. Fondation Victoire-Caserne bzw. Caserne Lassigny.
26. Caserne de la Panneterie.
27. Caserne d'Alger.
28. Caserne de Grivesnes.
29. OeA 13.1.1933: „Das Hotel Fürstenhof wurde zunächst in Teilen beschlagnahmt. Eingerichtet wurden ein Offizierskasino mit Küche, und allem Zubehör, ferner eine Druckerei, sowie Betriebsräume für die französische Kriminal- und Feldpolizei. Im Mai 1919 räumten die Franzosen das Hotel. Der Besitzer renovierte das Gebäude und ließ ein Café einbauen. Dann beschlagnahmte die Besatzung von Mai 1920 ab das ganze Anwesen [...]. Es befanden sich nun nacheinander die verschiedensten französischen Dienststellen im Anwesen; ferner wurden eine Anzahl Offiziersfamilien dort untergebracht. Aus diesem Grunde wurden viele Einbauten und Veränderungen vorgenommen. Die schöne und reich ausgestattete Eingangshalle mit anschließendem Wintergarten wurde in eine Anzahl Büroräume umgestaltet. Durch Herstellung von Küchen, Speisekammern, Bädern, Klosetts und Teilfluren wurden die Fremdenzimmer in Wohnungen verändert und aufgeteilt.“
30. LHAK 403/14724, S. 51-53.
31. StAKH Verwaltungsbericht 1930, S. 6.
32. StAKH RP 7. 9.1920. Dieser Zusatz im Protokoll ist durchgestrichen; RP 23.12.1920; RP 15.1.1921; RP 23.3.1921; OeA 21.3.1921.
33. Martin Süß: Zankapfel zwischen Besatzern und Besetzten. Die Beschlagnahmung des Hofgutes Rheingrafenstein durch die französische Besatzungsmacht im Jahre 1921 in: Bad Kreuznacher Heimatblätter Nr. 9/1989, S. 2.
34. OeA 1.12.1921.
35. Martin Süß, S. 2.
36. Ebenda.
37. OeA 1.12.1921.
38. OeA 6.7.1920. Bericht darüber, dass auf der Pflingstwiese ein Sportplatz für die 38.I.D. eingerichtet wurde und dass die Nutzung für deutsche Zivilisten verboten war.
39. Jutta Kling, Aspekte der Französischen Rheinlandbesetzung in Worms und Rheinhessen vor dem Hintergrund der Deutsch-Französischen Beziehungen in der Nachkriegszeit (1918-1930), in: Gerold Bönnes, Daniel Nagel (Hrsg.) Revolution, Kriegsende und Frühzeit der Weimarer Republik in Worms 1918-1923, S. 237.
40. General Anzeiger (GA) 10.12.1918; OeA 30.12.1918.
41. KrZ 16.12.1918; StAKH Verwaltungsbericht 1920, o.O.
42. StAKH RP 27.12.1918; OeA 19.04.1919: „Bekanntmachung. Abschätzungskommission, die Vergütung für die für die französische Besetzung erfolgten Requisitionen werden durch sie festgelegt.“
43. OeA 6.3.1919.
44. OeA 6.5.1921.
45. OeA 1.4.1919.
46. OeA 11.7.1921.
47. Emil Weirich: „Dienstag 31.12.1918 Unser Franzos bringt mir abends eine Flasche Benzin mit. Er ist sehr vergnügt, dass ich ihm wieder in unser Zimmer bitte. Wir erfahren manches von ihm. Er spricht kaum ein Wort Deutsch. Er ist aus Paris, Mechaniker, 33 Jahre alt, noch nicht verheiratet. („Die Deutschen heiraten früher“). „Frankreich liebt nicht die Soldaten, aber Deutschland liebt die Soldaten, immer Soldaten.“ (Militarismus!) Ich zeige ihm auf der Landkarte: Rundherum von Deutschland: Russland. England, Frankreich, jeder will was mit Deutschland, da blieb Deutschland nichts Anderes übrig, als: viel Soldaten. „Die Franzosen sind nicht fromm, nur die Frauen u. die Kinder.“ „Die Franzosen wollen Rheinland nicht haben. Deutschland soll es auch nicht haben. Es muss neutral werden.“ Was für ein seltsamer Silvesterabend ist das!“; Margot Pottlitzer-Strauß, Lina Hilger. Ein Lebensbild. Bad Kreuznach 1961, S. 61: „Die Eindrücke jener ersten Besatzungszeit hat sie nie vergessen. Selbst im Hause war Einquartierung, ja eine Zeitlang sogar das französische Offizierskasino. Aber auch dann blieb sie frei von Hass.“
48. StAKH NL Dr. Hans Koernicke. Am 17. Januar 1919 schrieb er in einem Brief an seine Mutter: „Der Verkehrston ist durchaus höflich und verbindlich und sind wir froh Franzosen als Besatzung erhalten zu haben, da die anscheinend die rücksichtsvollsten sind. Ich habe inzwischen wieder einige Tage Einquartierung gehabt, von ihr jedoch nichts gehört und gesehen.“
49. Emil Weirich: „Montag, 23.12.18 Winters Anfang. Nachts ein bisschen Schnee. Am Tag Regen u. Schmutz. Gegen Mittag rückt die Autokolonne der Waldemarstr. ab. Abends kommt eine andere u. wir unsere Einquartierung. Das hatte lange gedauert, bis der Quartiermacher sich mit Mutter u. mir verständigt hatte. Er wollte hier „kuschee“ u. „mangschee“. Oben in dem Speicherstübchen stehen zwei Betten, dort könnte er u. die anderen „kuschee“. Zum „mangschee“ boten wir ihm unsere Wohnstube an. Er sagte aber das sei mein „Büro“ (da stand mein Schreibtisch u. kleine Bücherbretter), u. dort müsste ich arbeiten. Um 5 Uhr wollte er noch mit 3 o. 4 Kameraden kommen. (Das war eine mühsame Unterhaltung. Es wurde viel mit den Händen geredet). Es kamen an dem Abend nur 2 Mann; die waren mit dem oberen Stübchen zufrieden: bon! Aus der Wohnstube wollten sie uns nicht vertreiben, sie gingen woanders hin „mangschee“. Gegen 8 Uhr rückten sie ohne uns zu stören ruhig und still in ihre Kammer.“
50. Adressbuch von Stadt und Kreis Kreuznach 1921/22 S. 66; Einwohnerbuch der Stadt Bad Kreuznach 1927/28 S. 147.
51. Dr. Johann Georg gen. Wilhelm Fritsch (1880-1967).
52. StAKH RP 14.12.1921; StAKH RP 17.2.1922.
53. StAKH P 3912.
54. StAKH RP 31.3.1925; OeA 5.7.1930.
55. Emil Weirich: "Donnerstag, 19.12. Heute war ich noch mal im Schulhaus, auch in meinem Klassenzimmer. Du lieber Himmel, was für eine Verwüstung! Schrank u. Pult sind aufgebrochen u. nichts, aber auch gar nichts mehr ist drin. Geige, Bücher, Hefte, Zigarrenkistchen mit allerlei Kram, Klassenbibliothek, (...) zum größten Teil geplündert, gestohlen. Emil Weirich: „Freitag, 20.12 (...) Ich habe Beweise, dass die Kreuznacher Jugend geholfen hat die Schränke u. Stuben plündern u. ausrauben.“

56. Emil Weirich: „Freitag 20.12. (...) Ich hatte durch Jakob Hahn Karl Geib bitten lassen, sich mit seinem Fotografen Apparat einzufinden. Geib kam denn auch beizeiten, (...) Zwei Aufnahmen wurden gemacht. (...) (das Fotografieren ist nämlich, wenn nicht bei Todesstrafe, dann doch bei fünf Jahre Zuchthaus untersagt), dann gingen und kletterten, wir wieder in die Bibliothek. Schöne Überraschung da!“; OeA 5.7.1930 Französische Einquartierung im Schulhaus in der Mainzerstraße.
57. Fritsch S. 7: „Bei der Einrichtung der Wohnung wurde das Mobiliar der deutschen Familie einer Auslese unterzogen, der Franzose nahm nur das Beste was er an Betten, Tischen, Stühlen, Bänken, Sofas, Kochherden, Beleuchtungseinrichtungen und Brennstoffen erhalten konnte.“
58. StAKH NL Anheuser: Am 13. April 1921 forderte R. Bouvier von Rudolf Anheuser: „3 fraises de drafts de lit; 6 Taies d'oreillers, 6 serviettes de toilette, 1 douzaine de torchous, 6 Serviettes toilettes pour domestiques, 1 grande couverture pour le lit de maîtres, 2 couvertures ou édredu pour les bonnes.“
59. StAKH NL Anheuser: „Kreuznach, de 6. Avril 1921: Deux cuisines existant dans l'immeuble N°4 Hofgartenstrasse, la Commission estime que l'une de ces cuisines (celle du sous-sol.) doit être utilisée par le propriétaire qui a sa salle à manger au rez de chaussée, et que la cuisine mixte du rez-de-chaussée doit être laissée entièrement à la disposition du Capitaine Bouriez habitant de rez-de-chaussée.“
60. Ebenda.
61. Fritsch, S. 8.
62. LHAK 441/19917 Bl. 148: 1926 beschwerte sich Pfarrer Wessel darüber, dass der Vereinssaal Concordia nach vorübergehender Aufhebung der Beschlagnahme und erfolgter Renovierung durch den kath. Gesellen- und Meisterverschein erneut beschlagnahmt wurde und nun als Möbellager diene und zur Aufbewahrung „von mehr als 30 Waggons Möbel, die aus dem französisch besetzten Gebiet der 1. Zone hierher verbracht“ worden seien. LHAK 441/19917 Bl. 162: Das Möbellager in der Concordia wurde noch 1926 in die Turmstraße 3 verlegt.
63. OeA 7.5.1925; GA 9.6.1928.
64. GA 13.10.1928: „Die Kreuznacher Casino=Gesellschaft, deren Besitztum nun schon 10 Jahre lang durch die Besatzung entzogen ist, hat die Räumlichkeiten, die sie seit Kriegsende im evange. Gemeindehaus mietweise besitzt, hübsch und geschmackvoll herrichten lassen. Zur Einweihung derselben findet heute Abend ein einfaches Herrenessen („Has im Topf“) statt. Das Casino, das im Sommer eine stimmungsvoll verlaufende Rheinfahrt nach Boppard bei zahlreicher Beteiligung durchführte, gedenkt das gesellschaftliche Leben wieder in erhöhtem Umfange zu pflegen.“
65. LHAK 441/19917, Bl. 8-12.
66. OeA 29.4.1925: „Die Rheinlandkommission: Verbot für das besetzte Gebiet alle Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel aus Anlass der Jahrtausendfeier der Rheinlande.“
67. <https://www.bad-kreuznach.de/politik-und-verwaltung/haus-der-stadtgeschichte-und-stadtarchiv/familienforschung/lexikon-kreuznacher-persoenslichkeiten/e-f/fischer-martin-nikolaus-philip-paul-robert/>
68. Emil Weirich: „Dienstag, 10.12.1918. (...) Im Schulhaus Mainzerstr. war die nacht französische Einquartierung. In 4 Sälen hatten sie sich auf Stroh ein Lager gemacht; auch in meinem Saal. Heute Morgen war noch nichts geordnet, im Haus liefen noch die Soldaten herum u. es war nicht möglich Schule zu halten (...); Mittwoch, 11.12.18. Die meisten Schulsäle in der Mainzerstr. sind in Franzosenquartiere umgewandelt. Aller Unterricht fällt aus (...).“; Ebenda: „Montag 6.1.1919 Am 3. Januar sollte der Unterricht wieder beginnen. Es war nicht möglich. Die Schulen waren noch fast alle mit französischen Einquartierungen belegt. Nun ist der Schulanfang für den 7. Januar bestimmt.“ StAKH Verwaltungsbericht 1920, o.P.: „Der Schulunterricht wurde während des Winters 1920 infolge Kohlenmangels längere Zeit gestört. Zwei Schulen waren vom 9.11. – 20.1., die Hofgartenschule vom 9.-30.11., die altstädtische katholische Schule vom 9.11.-4.12. und die neustädtische katholische Schule vom 8.11.-12.1. wegen Kohlenmangels geschlossen. Die Mainzer Schule wurde auch während des Berichtjahres als Kaserne für die Besatzungstruppen verwendet, welchen zwecken sie auch heute noch dient. Infolge des Hochwassers am 11. Januar musste das Schulhaus an der Kreuzstrasse geräumt werden, weil es vorübergehend zu Wohnzwecken verwendet werden mußte.“
69. StAKH RP 31.3.1925.
70. Horst Romeyk, Verwaltungs- und Behördengeschichte der Rheinprovinz 1914-1945 (Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde LXIII) Düsseldorf 1985, S. 88.
71. Ute Engelen/Walter Rummel/Kai-Michael Sprenger, Die französische und amerikanische Besatzung, in: Der gescheiterte Friede. Die Besatzungszeit 1918-1930 im heutigen Rheinland-Pfalz (Begleitband zur Ausstellung, hrsg. v. Ute Engelen u. Walter Rummel) Koblenz 2020, S. 39; OeA 13.1.1920.
72. LHAK 467/137.
73. LHAK 441/19809.
74. LHAK 441/19808.
75. Romeyk S. 89.
76. Romeyk S. 88.
77. OeA 11.2.1923.
78. OeA 3.12.1925; StAKH Verwaltungsbericht 1925, S. 9.
79. OeA 3.12.1925.
80. GA 10.5.191: „Le Rhin Illustré (Der Rhein im Bild): Ankündigung, dass heute zum ersten Mal die französisch- deutsche Zeitschrift in allen Buchhandlungen in Kreuznach erscheinen. Druck. Georg Aug. Walters Druckerei MZ.“
81. OeA 24.3.1919; GA 26.3.1919; OeA 14.4.1919; OeA 11.8.1921.
82. OeA 30.11.1920.
83. Postkarte.
84. GA 3.3.1919: „Französische Sprachkurse. Täglich fragen viele Personen an, ob sie die durch Herrn Oberst Philippe eingerichteten unentgeltlichen Sprachkurse besuchen können“. Die Kurse fanden im Gymnasium statt; GA 16.8.1919: „Bekanntmachung: Die französische Militärbehörde hat öffentliche französische unentgeltliche Sprachkurse eingerichtet.“; GA 30.8.1919: „Französische Unterrichtskurse. Die von den Militärbehörden eingerichteten französischen Unterrichtskurse haben eine ausgezeichnete Aufnahme bei der Bevölkerung gefunden. Mehr als 200 Schüler haben sich

- eintragen lassen.“ GA 24.4.1919: „Sie können in Zukunft nur billig und angenehm ihr Leben fristen, wenn Sie sich den veränderten Verhältnissen anpassen können und imstande sind, sich genügend in der französischen sowie englischen Sprache zu verständigen.“
85. StAKH P 3912.
86. KrZ 27.9.1919; GA 24.9.1919.
87. OeA 17.9.1919.
88. OeA 19.1.1922; LHAK 441/19930.
89. OeA 9.10.1919.
90. LHAK 441/13437.
91. OeA 28.4.1919: „Bekanntmachung. Der Herr Militärverwalter hat angeordnet, daß am 3.Mai auf dem städtischen Friedhof zu Ehren der Soldaten Napoleons und der im jetzigen Kriege Gefallenen eine Feierlichkeit stattfindet. Die, die teilnehmen wollen, sollen sich in eine Liste, welche im Stadthaus Zimmer Nr. 15, ausliegt, eintragen. Kreuznach, den 26.4.1919 Dr. Koernicke.“
92. GA 16.08.1919; OeA 19.8.1919; OeA 21.8.1919.
93. StAKH 2547.
94. Franziska Blum-Gabelmann, *Chronologie*: Der Jahrmarkt Jahr für Jahr! in: 200 Jahre Jahrmarkt Bad Kreuznach. Geschichte und Geschichten. Bad Kreuznach 2010, 1914-1919 S. 80; 1920 S. 81; 1921 S. 82; 1922 S. 83; 1923 S. 84; Michael *Vesper*, 1920-22: Der Witte-Putsch – Kampf für den Jahrmarkt in: 200 Jahre Jahrmarkt Bad Kreuznach. Geschichte und Geschichten. Bad Kreuznach 2010, S. 72-79; <https://www.bad-kreuznach.de/politik-und-verwaltung/haus-der-jahrmarktgeschichte-und-stadtarchiv/projekte/publikationen/aufsaeetze-und-reden/franziska-blum-gabelmann-die-jahrmaerkte-anfang-der-1920er-jahre/>.
95. OeA 21.7.1920/22.7.1920/24.7.1920; HWZB CH 125; Julius Reisek, Fête des sports: 21. – 23. Juli 1920 in Kreuznach, in: Naheland-Kalender 2014, S. 100-101.
96. OeA 11.7.1923; OeA 11.7.1924.
97. LHAK 441/19917 Bl. 84.
98. StAKH P 2241: „Kreuznach, den 12. Juli 1919. Oberstleutnant Philippe an Herrn Landrat. Ich gestatte mir, ihnen mitzuteilen, dass am 14. Juli das französische Nationalfest durch Parade und andere Festveranstaltungen in Kreuznach und in den Garnisonsstädten des Kreises gefeiert werden wird. Der 14. Juli verherrlicht die Befreiung der Völker. Er muss daher als das Bundesfest der freien Völker betrachtet werden und Deutschland, das nach den Erklärungen seiner Regierung nicht mehr ein autokratisches Kaiserreich ist, sondern eine freie Republik, muss mit Freuden ein Fest begrüßen, welches seine eignen freiheitlichen Ideen verherrlicht. Daher betrachte ich es als meine Pflicht, Sie, wie die Bürgermeister, Gemeinderäte und lokalen Behörden aufzufordern, den Paraden und Festlichkeiten am 14. Juli beizuwohnen.“
99. LHAK 441/19917 Bl. 84. Das Kurkonzert musste wegen des Umzugs anlässlich des Festes von Jeanne d'Arc eingestellt werden.
100. OeA 15. 2.1919: „Eine Parade der französischen Truppen, die in unserem Kreis einquartiert sind, fand gestern Nachmittag 3 Uhr auf der Pflingstwiese statt. Das große militärische Schauspiel führte viele Zuschauer zur Pflingstwiese, wo der Platz der 2. Tribüne der Rennbahn dem Publikum zur Verfügung gestellt wurde. General Mangin dekorierte mehrere Regimentsfahnen und nahm anschließend unter den Klängen einer 100köpfigen Kapelle die Parade über die aus allen Waffenarten zusammengesetzte Truppe ab. Während der Auszeichnung der Fahnen spielte die Kapelle die Marseillaise (...).“
101. OeA 24.6.1919 „*Marschall* Foch ist Sonntag [22.6.] Vormittag 10 Uhr im Sonderzug hier eingetroffen. Am Bahnhof fand militärischer Empfang statt. Bald nach der Ankunft begab sich der *Marschall* in Begleitung mehrerer Generale in die Hl. Kreuzkirche, um dort der hl. Messe Beizuwohnen.“
102. OeA 30.6.1925.
103. StAKH 926.
104. LHAK 441/19930, Bl. 14 ff.
105. Ebenda.
106. Margot Pottlitzer-Strauß, Lina Hilger. Ein Lebensbild. Bad Kreuznach 1961, S. 61. Dort heißt es: „Als französische Offiziere sie baten, ihre Töchter in die Schule aufzunehmen, machte sie sie darauf aufmerksam, daß sie gerne dazu bereit sei, daß sie als Deutsche aber die Schule in bewußt deutschem Geist leite. „Das gibt uns Vertrauen zu Ihnen“, soll einer der Offiziere geantwortet haben. Auf jeden Fall nahmen die Kinder jahrelang am Unterricht teil und die Direktorin sorgte dafür, daß sie nicht anders behandelt wurden als ihre deutschen Mitschülerinnen.“
107. LHAK 467/203: Ludendorffstraße 4 (Französische Schule).
108. OeA 28.Dez.1918: „Eine Anzahl protestantischer Neger aus Madagaskar wohnten gestern dem evangelischen Gottesdienst in der Pauluskirche bei, ebenso ein evangelischer Feldgeistlicher.“
109. Emil Weirich 9.Dezember: „Seit heute ist die westeuropäische Zeit eingeführt. Wir mussten also unsere Uhren 1 Stunde zurückstellen. Die Schule kann morgens um 7:30 Uhr beginnen, dann ist's nach alter Zeit 8:30 Uhr und schon hell genug. Aber nachmittags! Heute war es um 4:00 Uhr dunkel.“
110. OeA 10.12.1918: „neue Gesichter, neue Farben, neue Fahnen, blaue Wagen, blaue Reiter, blaugrau ist Trumpf (...).“
111. OeA 14.8.1926; OeA 14.8.1926.
112. LHAK 441/19917 Bl. 96-98. „Wenn weiter der General sich auf den Standpunkt stellt, dass es Sache der deutschen Behörden sei, die Veröffentlichung der Zeitungen richtig zu stellen, so erlaube ich mir darauf hinzuweisen, dass alle Bemühungen in dieser Beziehung nutzlos erscheinen, sofern erst einmal die Presse eine Nachricht, die, wie der Fall Schäfer zeigt, nicht immer verhindert werden kann, zur Kenntnis der Öffentlichkeit gebracht hat“. LHAK 441/19917 Bl. 239-243: „Erst kürzlich ist ein Mädchen durch einen Rückenstich, den ihr ein Angehöriger der Besatzung ohne jeden Grund beigebracht hat, verletzt worden ... Dabei dürfen wir diese Vorfälle im Interesse des Bades noch nicht einmal publizieren, aber umso schwerer werden sie empfunden (...).“
113. StAKH 789; OeA 28.11.1920.

114. StAKH 926.
115. StAKH 789; GA 16.4.1928.
116. LHAK 441/19930, Bl. 13/Bl.29/B. 30-31.
117. StAKH PH 1920-1926. In den Jahren 1920 bis 1926 sind in den Heiratsregistern der Stadt 24 Heiraten zwischen Deutschen und Franzosen vermerkt 1920 #302, #370; 1921 ,#104, #158; 1922 #3, #5, #13, #44, #108, #130; 1923 #5, #104, # 119, #134; 1924 #66, #77, #123, #149; 1925 #11, #138; 1926 #106, #109, #118, #143.
118. StAKH 789; OeA 14.6.1921.
119. In 1921 wurden Vorfälle in Kreuznach in französischen Akten (Archives Nationales: AJ/9/5236) festgehalten: „tentatives de vol et de pédérastie commises par des tirailleurs algeriens à Kreuznach (août-septembre); agression de la femme du Landrat de Kreuznach et la femme du Kreisbaumeister Damm, par trois soldat marocains, à Kreuznach (novembre-décembre); agression de trois jeunes filles par un Marocain à Kreuznach (octobre-novembre), gestes obscènes d'un tirailleur marocain envers quatre Allemands (mai-septembre).“
120. OeA 28.7.1919; OeA 5.2.1920.
121. OeA 12.7.1920: Philipp Tesch, Bäcker wird wegen Beleidigung von 2 französische Beamten zu 1000 Mark Geldstrafe und 3 Monaten Gefängnis verurteilt.
122. OeA 1.3.1921/2.3.1921/11.3.1921; Enlèvement du drapeau de la délégation supérieure de Kreuznach (février-mars 1921).
123. StAKH MS Besatzung. Fritz Sieben wurde zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er gegen Artikel 16 verstoßen und im Lyceum über die politischen Zustände gesprochen hatte, dies aber nicht angemeldet war; GA 16.4.1928.
124. OeA 14.6.1919; OeA 21.3.1923.
125. OeA 12.2.1919; StAKH P 283 I, II. Der Förster Alfred Kochanowski wurde zu 35 Tage Gefängnis wegen Beleidigung der französischen Soldaten verurteilt. Er hatte französische Soldaten beim Wildern erwischt, ihnen das Gewehr abgenommen, die Patronen entfernt, und einem französischen Soldaten den Strohalm aus dem Mund gerissen.
126. OeA 14.7.1919; OeA 19.7.1919; OeA 21.7.1919; StAKH 2241; OeA 1.9.1925.
127. StAKH NL Koernicke, Hans Dr.; OeA 23.7.1919; OeA 16.8.1920. OeA 12.4.1920; OeA 24.12.1920, OeA 18.7.1925.
128. StAKH 926.
129. OeA 1.3.1921/2.3.1921/11.3.1921; OeA 11.3.1921; 26.3.1921.
130. StAKH RP 21.9.1922.
131. LHAK 467/203; StAKH RP 21.9.1922; OeA 29.6.1922/30.6.1922/1.7.1922/13.9.1922 u. 16.9.1922.
132. OeA 16.9.1922.
133. LHAK 467/203.
134. OeA 19.9.1923.
135. OeA 3.1.1924; OeA 26.4.1924. Dr. Leschke verließ im gleichen Jahr Kreuznach und wurde in Swinemünde Bürgermeister.
136. StAKH Verwaltungsbericht 1920, o.P.
137. StAKH P 3911.
138. StAKH RP 21.7.1921.
139. StAKH Verwaltungsbericht 1924, S.24.
140. LAHK 441/19917Bl. 13-16: 1. Mai 1925.„137 der besten Wohnungen zzgl. 75 Teilwohnungen und insgesamt 1289 Wohnräume sind der Bürgerschaft entzogen. Fortgesetzt werden von der französischen Wohnungskommission neue Wohnungen angefordert, deren Zurverfügungstellung das Elend der städtischen Bevölkerung immer weiter verschärft. 432 deutsche Familien sind überhaupt ohne jede eigene Wohnung und hausen entweder in den Wohnungen anderer Familien oder in Baracken, Speichern usw. Die hygienischen und moralischen Zustände spotten jeder Beschreibung und die Tuberkuloseziffern, die sich in den steigenden Ausgaben des Wohlfahrtsamtes zum Teil auswirken, wachsen erschreckend. (...) Bei diesen Zuständen sofortige und umfassende Abhilfe zu schaffen, um das Elend der Bevölkerung nicht ins Grenzenlose steigen zu lassen und die durch das Wohnungselend schon untergrabene Gesundheit so zahlreicher Familien nicht noch weiter zu gefährden, ist dringendste Aufgabe des Reiches. Ich bitte zu berücksichtigen, was es bedeutet, wenn eine Stadt von der Größe Kreuznachs 212 ihrer bestgelegenen Wohnungen dauernd entbehren muss, und welches Elend sich in der angegebenen Ziffer von 432 Obdachlosen Familien ausgeprägt, wobei alle die zahllosen Familien nicht mitgerechnet sind, die in Löchern oder in Dachkammern zusammengepfercht zu mehreren in einem Bett oder auf dem Fußboden schlafen müssen. Voll Grauen sieht man in diese Brutstätten der Krankheiten und des Lasters. Voll Entsetzen muss man feststellen, dass zahlreiche Wohnungen, die bereits vor dem Kriege als in höchster Grade gesundheitsgefährlich bezeichnet wurden, und die für das Wohnen polizeilich verboten waren, heute 11 Jahre danach mit Erwachsenen und heranwachsenden jungen Menschen vollgepfropft sein müssen, um überhaupt ein Dach über den Kopf zu gewähren in häufigen Fällen allerdings ein Dach, durch das Regen und Schnee in die Wohnung hineindringen.“
141. StAKH RP 9.2.1925.
142. StAKH RP 2.2.1925.
143. OeA 13.1.1921. Das Büro befand sich im zweiten Stock; OeA 7.5.1925; Einwohnerbuch der Stadt Bad Kreuznach 1927/1928 Augustastraße 7, S. 149.
144. Caserne „La Fontenelle“ bzw. „Quartier de la Marne“.
145. Caserne de Gendarmerie. OeA 20.5.1921: Beginn der Bauarbeiten. Bosenheimer Straße; G.A. 1.11.1921.Die Gendarmeriekaserne ist der einzige noch erhaltene Militärbau, der aus der französischen Besatzungszeit stammt.
146. OeA 8.2.1922: „Eine Auto-Kaserne (Quartier de la voie sacrée) für 300 Mannschaften und 160 Automobile, mit Werkstätten und Lagerräumen, wird an der Bosenheimerstraße beim Elektrizitätswerk errichtet.“
147. Denkmaltopografie S. 218; Offizierswohnungen Salinenstraße 119/121/123/125/127/129/131 nach Plänen von Paul Gans 1921.
148. Denkmaltopografie S. 100.Unteroffizierswohnungen Bosenheimerstraße 6, 8, Lina-Hilger-Straße 1, 3/5, Gustav-Pfarrius-Straße 1/3, 5,7 nach Plänen von Johann Au 1925.
149. Denkmaltopografie S. 216, Offizierswohnungen Salinenstraße 92/94 und Moltkestraße 8 von Alexander Ackermann 1921;

- Klaus Freckmann, Über die Architektur im Landkreis Bad Kreuznach in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Heimatkundliche Schriftenreihe des Landkreises Bad Kreuznach, Bd. 35) Bad Kreuznach 2006, S. 102-109.
150. Denkmaltopografie S. 216 Offizierswohnungen Salinenstraße 114/116 von Hans Best 1921.
  151. Denkmaltopografie S. 238 Offiziere Weinkaufstraße 8 Alexander Ackermann, 1921; Klaus Freckmann, a.a.O. S. 105.
  152. Denkmaltopografie S. 48, Agricolastraße 7, Pläne von Regierungsbaumeister Vorbis, 1921.
  153. Denkmaltopografie S. 216, Salinenstraße 82, nach Plänen von Regierungsbaumeister Vorbis, 1921.
  154. Denkmaltopografie S. 176 Oligsberg 5, 6, 11/12, Mittlerer Flurweg 10/12, 14/16 und Waldemarstraße 29/31, 33/35 nach Plänen von Wilhelm Koban.
  155. Fritsch, S. 19. Er irrt mit der Lage, es handelt sich dabei um den Oligsberg.
  156. LHAK 441/19917 Bl. 5-7. 10.7.1925.
  157. LHAK 441/19917/ Bl. 79-85; ebenso 224-225.
  158. LHAK 441/1997 Bl. 260-261.
  159. PTZ 8.3.1923; RP 31.1.1925; StAKH Verwaltungsbericht 1926 (für 1926/27) S. 35, „das für den Neubau einer Artilleriekaserne an der Bosenheimerstraße beschlagnahmte Gelände ist den Eigentümern vom Reichsvermögensamt im April 1926 zurückgegeben worden, die bebauten Grundstücksflächen sind vom Reichsfiskus zugekauft worden“.
  160. StAKH RP 9.2.1925.
  161. StAKH 1279; OeA 16.8.1920; OeA 8.7.1924.
  162. Hans G. Buchmann, Die Entwicklung Bad Kreuznachs und Bad Münsters am Stein in den letzten 150 Jahren. Eine fremdenverkehrs- und stadtgeographische Untersuchung. (Dissertation) Bochum, 1969 S.195.
  163. StAKH RP 30. Juni 1920; StAKH RP 1. Juli 1920; OeA 2.7.1920: „Anzeige Millemann Wir wollen uns nicht weiter an der Ruinierung unseres Chefs beteiligen. Ganz besonders deshalb nicht, weil der Arbeiterkonsum und der Beamtenkonsum die Waren nicht zu ermäßigten Preisen abgeben und wir dessen Kundschaft mit 50% Nachlass bedienen sollen. Wir wollen uns nicht selbst stellenlos machen und legen heute die Arbeit nieder, bis zum Eintritt geordneter Verhältnisse. Das gesamte Personal der Firma Millemann.“
  164. OeA 18.3.1920.
  165. StAKH Verwaltungsbericht 1920, o.P.
  166. OeA 12.1.1923.
  167. Ebenda.
  168. OeA 13.1.1923.
  169. OeA 11.1.1923.
  170. StAKH RP 16.1.1923.
  171. StAKH RP 23.1.1923, Teil der am 18. Januar 1923 erlassenen „Pfänderordonnanzen“ Nr. 132, Nr. 133 und Nr. 134.
  172. Ebenda.
  173. OeA 24.1.1923.
  174. OeA 28.1.1923.
  175. Ebenda.
  176. StAKH MS Besatzung; OeA 24.1. – 28.1.1923; OeA 8.2.-11.3.1923.
  177. StAKH Tagebuch Marx Wilhelm.
  178. StAKH Verwaltungsbericht 1923, o.P.
  179. OeA 22.2.1923.
  180. StAKH Tagebuch Wilhelm Marx.
  181. Ebenda.
  182. Fritsch, a.a.O. S 8.
  183. OeA 19.7.1923.
  184. OeA 6.8.1923.
  185. StAKH 789: Der Delegierte der Rheinland Kommission 7.06.1923: „Ich benachrichtige Sie, dass es den ausgewiesenen Eisenbahnen untersagt ist, ihre Möbel fortzubringen oder wirklich oder fingiert zu verkaufen. Die Bürgermeister werden für die heimlichen Umzüge verantwortlich gemacht. Falls solche vorkommen sollten, werden Requisitionen an ihrem Mobiliar, sowie an dem der Beamten und der Privatbewohner vorgenommen, denen nur das allernotwendigste gelassen wird. gez. Adam.“
  186. StAKH Verwaltungsbericht 1923, o.P.
  187. StAKH RP 10.4.1923.
  188. StAKH Wilhelm Marx.
  189. LHAK 403/14803.
  190. Fritsch S. 5-6: „Es war eine Kartothek, die über alle irgendwie namhaften Leute des Kreuznacher Bezirks, umfassend die Kreise Kreuznach und Meisenheim, eingehende Aufzeichnungen enthielt und auch über die wirtschaftlichen Verhältnisse alle Ermittlungen, die zusammengetragen werden konnten, verwahrte. Auf Grund dieser Kartothek erfolgten später die Ausweisungen aller gut Deutschgesinnten und der irgendwie in vaterländischem Sinne Tätigen.“
  191. OeA 3.7.1919.
  192. LHAK 441/17330 Bl. 266.
  193. OeA 5.12.1922.
  194. LHAK 403/14803.
  195. GA 20.8.1923; OeA 20.8.1923. Der Öffentliche Anzeiger titelte: „Eine stürmische Separatisten-Versammlung in Kreuznach.“
  196. GA 20.09.1923; GA 25.9.1923; StAKH Verwaltungsbericht 1923, o.P.
  197. Karl Geib, Geschichte der Stadt Bad Kreuznach. Eine Festschrift zur Erinnerung an die Stadtrechtsverleihung vor 650 Jahren. Bad Kreuznach 1940, S. 74.
  198. StAKH RP 5.10.1923.
  199. OeA 13.10.1923.

200. StAKH Verwaltungsbericht 1923, o.P.; Schenkung Jakob Müller. Im Auftragsbuch des Glasers Jakob Müller ist unter dem 23. Oktober 1923 vermerkt: „Stadt Gemeinde Kreuznach – Tumultschäden, Schaufensterscheiben, Schuhhaus Stern, Löb, Marx, Millemann und Hinkel & Böhm.“
201. OeA 15.10.1923.
202. OeA 19.10.1923.
203. OeA 24.10.1923.
204. Ebenso.
205. Fritsch a.a.O. S. 23; OeA 25.10.1923.
206. OeA 25.10.1923.
207. 207 RP 25.10.1923; OeA 26.10.1923.
208. OeA 26.10.1923; Fritsch, a.a.O. S. 23.
209. OeA 27.10.1923.
210. OeA 30.10.1923.
211. <https://www.bad-kreuznach.de/politik-und-verwaltung/haus-der-stadtgeschichte-und- stadtarchiv/projekte /publikationen/demnaechst-im-haus-der-stadtgeschichte/textiles-zeugnis-einer- gescheiterten-politischen-bewegung-die- ebernburger-separatistenfahne>.
212. Peter Bickert: \*Mainz 12.2.1874; Peter Bickert, Aus dem tollen rheinischen Jahr 1923. Öffentlicher Brief an Herrn 1. Beigeordneten Dr. Fritsch Bad Kreuznach von Peter Bickert, Bad Kreuznach als Antwort auf die Druckschrift: Streiflichter aus der Kreuznacher Besatzungszeit. Persönliche Erinnerungen von 1. Beigeordn. Dr. Fritsch. 2. Auflage. Kreuznach Juli 1930; OeA 29.10.1923; OeA 30.10.1923.
213. Süß, a.a.O. S. 215.
214. Fritsch, a.a.O. S. 26.
215. OeA 31.10.1923.
216. OeA 6.11.1923.
217. OeA 12.11.1923; OeA 4.12.1923.
218. OeA 13.11.1923.
219. <https://www.bad-kreuznach.de/politik-und-verwaltung/haus-der-stadtgeschichte-und- stadtarchiv/projekte /publikationen/aufsaeetze-und-reden/dr-martin-senner-kreuznach-und-frankreich/>.
220. Fritsch, a.a.O. S. 33.
221. Ebenda, S. 31.
222. Ebenda, S. 33.
223. Rolf Schaller, April, April! Aprilscherze im Öffentlichen Anzeiger Bad Kreuznach von 1896 bis 2020. Hrsg. Stadt Bad Kreuznach. Bad Kreuznach 2020, S. 31-32.
224. StAKH Verwaltungsbericht 1923, o.P.
225. OeA 4.12.1923: „Heute Morgen gegen 4:30 Uhr wurde die separatistische Fahne vom Stadthaus gerissen. Vor der Wirtschaft Schleif in der Mannheimer Straße am Löwensteg kam es nachts 12 Uhr zu Ausschreitungen gegen die Separatisten. In der Nacht zum Sonntag (2.Dez.) drangen 5 Personen im Alter von 25-30 Jahren nach einem Zechgelage im Keller eines Weinhändlers in betrunkenem Zustand gegen 4:30 in das Landratsamt ein, bewaffnet mit wassergefüllten schweren Sektflaschen. Sie versuchten einen Angriff auf die Separatisten, wurden jedoch gefangen genommen und ebenso wie der erwähnte Weinhändler bestraft.“
226. OeA 22.2.1926; OeA 7.7.1930.
227. LHAK 441/19917 Bl. 101 6.9.1926 „Die unmittelbaren Bemühungen des Herrn Oberregierungsrat Lanz, eine Äußerung des Generals der Rhein-Armee über eine gänzliche Räumung Kreuznachs zu erzielen, sind negativ ausgefallen. Der General hat erklärt, dass das eine Angelegenheit sei, die nur von Paris aus geregelt werde, dass er aber privatim auch nicht glaube, dass eine solche völlige Räumung erwartet werden könne.“
228. OeA 29.3.1921.
229. LHAK 441/19917 Bl. 180-182.
230. StAKH Verwaltungsbericht 1924 S. 31.
231. StAKH Verwaltungsbericht 1923, o.P.
232. StAKH RP 17.1.1924; 29.3.1924.
233. Rolf Ebbeke, Bad Kreuznach Heil- und Kurbad. Bad Kreuznach 1990, S. 135.
234. StAKH RP 16.2.1925 (Nichtöffentliche Sitzung). Verkaufsangebot Dr. Ganz an Stadt über die Aktienmehrheit der SAG; StAKH RP 25.2.1926.
235. StAKH Verwaltungsbericht 1925, S. 2.
236. StAKH RP 16.2.1925.
237. StAKH Verwaltungsbericht 1925, S. 3.
238. StAKH Verwaltungsbericht 1928, S. 52.
239. LHAK 441/19917 Bl. 180-182.
240. LHAK 441/19917, Bl. 17-22.
241. LHAK 441/19917 Bl. 95-96; LHAK 441/19917 Bl. 93.
242. LHAK 441/19917 Bl. 99: „Der Besuch des Bades Kreuznach ist in den letzten Jahren weit hinter den Vorkriegszahlen zurückgeblieben. Es ist dies hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass der Ort noch stark belegt, und dass namentlich verschieden größere Bauwerke, zum Beispiel der Oranienhof und das Viktoriastift in dem eigentlichen Badeviertel zur Unterbringung der Truppen in Anspruch genommen sind. Für Kreuznach ist ferner besonders schädlich, dass dort auch noch farbige Truppen (rund 150 Mann) in Garnison liegen“; Bäderbeilage der Frankfurter Zeitung 17.4.1927: „In Kreuznach bauen Marokkaner mit hübschen roten Käppis hinter Drahtgittern ihr Gemüse an. Sie werden keinen Kurgast stören, das hindert nicht, daß man auf die Tatsache der Besatzung immer wieder hingewiesen wird.“ LHAK 441/19917 Bl. 229-230: „Nachdem weltbekannt geworden ist, dass der berühmte Oranienhof, der bis zu seiner Benutzung für die Operationsabteilung des Großen Hauptquartiers eine der angesehensten und beliebtesten Gaststätten

- Westdeutschlands gewesen ist, durch 7 Jahre lang Schwarzen und Marokkanern als Aufenthalt gedient hat, erscheint es völlig unmöglich, dieses Haus, soweit seine Umfassungsmauern überhaupt noch brauchbar erscheinen sollten, wieder als Hotel einzurichten.“
243. LHAK 441/19917 Bl. 102.
244. LHAK 441/19917, Bl. 61: „Die Deutsche Botschaft in Paris hat die schwierige Lage des Bades Kreuznach im französischen Außenministerium zur Sprache gebracht. Es wurde einstweilen mündlich erwidert, es sei doch an sich sehr naheliegend, dass das Oberkommando der Besatzungstruppen gern auf die großen Hotels in den Badeorten zurückgriffen (...)“
245. LHAK 441/19917 BL. 102.
246. StAKH Verwaltungsbericht 1930.
247. LHAK 441/19917, Bl. 23-26.
248. OeA 1.3.1923: „6 Schwadronen Spahis, französische Kolonialtruppen aus Tunis und Algerien in Afrika, trafen Montag (26.2.) hier ein, zogen in ihren seltsamen heimatlichen Aufputz mit blutroten Umhangtüchern und weißleuchtenden Turbanen, die Marokkanerkapelle voraus, zur Pfingstwiese, wo sie einquartiert wurden.“; OeA 11.9.1919; OeA 12.9.1919 „Die 500 schwarzen Soldaten (...) wurden im Kaisersaal und in der Schule Mainzer Straße untergebracht“; StAKH 2889: „Es sind Kolonialtruppen, weiße und gelbe, aber nicht eigentlich schwarze, die dort verkehren; die meisten Gäste sind eigentliche Franzosen.“; LHAK 20.5.1926: „In Kreuznach waren Annamiten, Marokkaner und „richtige Neger“ = 20 algerische Mannschaften mit rotem Fez.“; StAKH Verwaltungsbericht 1930, S. 6: „... bis zur Räumung mit französischen Besatzungstruppen darunter Senegalneger, Marokkaner und Anamiten ...“
249. StAKH 2889: „Es sind meistens Schwarze in dem Lokal; unter Schwarze verstehe ich die Soldaten in Kolonialuniform.“; Fritsch, a.a.O. 15.
250. Frankfurter Zeitung 17.4.1927.
251. StAKH Verwaltungsbericht 1930, S. 5.
252. Ebenda S. 4-5.
253. Ebenda S. 7.